

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



s.3 Stoiber und
der Potsdamer
Vertrag

s.7 Neuwahlen in
der Türkei

s.14 Kommunal-
haushalte in der
Krise

s.18 Tarifdiskus-
sion bei Metall

s.20 Kritik am
genetischen
Reduktionismus



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

NPD-VERBOT: 29.7.2002. - Zu dem beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Schriftsatz von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag im NPD-Verbotsverfahren erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: Die Bundesregierung und die Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz schalten das Verfassungsorgan Deutscher Bundestag im NPD-Verbotsverfahren völlig aus. Obwohl ich die verantwortliche Obfrau meiner Fraktion im Verbotsverfahren bin, habe ich den gemeinsamen Schriftsatz aller Prozessbevollmächtigten erst heute morgen, also mehrere Tage nach der Absendung an das Verfassungsgericht, erhalten.

Zwanzig zum Teil voluminöse Anlagen, darunter dienstliche Erklärungen aller Innenminister und -Senatoren, der Innenstaatssekretäre und Leiter der Verfassungsschutzämter liegen mir noch immer nicht vor. Die von mir angeforderte Liste mit den Namen aller V-Leute in der NPD habe ich bis heute nicht. Statt die Exekutive zu kontrollieren, wie es die Verfassung vorschreibt, wird der Bundestag im NPD-Verbotsverfahren von den Innenministern an der Nase herumgeführt, instrumentalisiert und über wichtige Fakten im Dunkeln gelassen. In der Sache bringt der Schriftsatz nichts wirklich neues. Dass die V-Leute Fleisch vom Fleisch der NPD waren und sind, war schon immer klar. Anders lautende Schutzbehauptungen der NPD waren und sind absurd. Die wichtige Frage aber, ob sich die Verfassungsschutzbehörden bei der Anwerbung und Führung der V-Leute an Recht und Gesetz gehalten haben, bleibt auch in dem Schriftsatz weiter offen. Die Innenminister geben nicht mehr preis, als ohnehin bekannt war. 15 Prozent aller Mitglieder in Landesvorständen und Bundesvorstand der NPD waren von 1997 bis 2002 V-Leute des Bundesamtes oder der Landesämter. Das sind umgerechnet mindestens 30, möglicherweise sogar 84 V-Leute in NPD-Führungspositionen. Welche Straftaten diese V-Leute veranlasst oder selbst begangen haben, wie viele Angriffe auf Flüchtlinge, Obdachlose oder andere Opfer der Neonazis, welche Hakenkreuzschmiere, Brandstiftungen etc. auf ihr Konto gehen - kurz: der ganze Dreck, den die VS-Ämter beim Thema V-Leute in der NPD am Stecken haben, soll unter dem Teppich bleiben. Ich hoffe, dass das Verfassungsgericht diese Vertuschung nicht mitmacht, sondern auf der Aufdeckung der V-Leute-Struktur beharrt.

ANTISEMITISMUS: Im zweiten Quartal dieses Jahres wurden 319 antisemitische Straftaten gemeldet, heißt es in der Antwort der Regierung (14/9813) auf eine Kleine Anfrage der PDS (14/9759). Darunter seien 60 Propagandadelikte und drei Gewaltdelikte mit Körperverletzung gewesen. Im gesamten Zeitraum ist laut Antwort gegen 148 Tatverdächtige

wegen antisemitischer Straftaten ermittelt worden, woraus neun Festnahmen resultierten. Drei Personen seien verletzt worden, Todesfälle habe es nicht gegeben. Auf Nachfrage erklärt die Regierung, es habe keine gezielten bundesweiten Einsätze der Polizei gegeben, um antisemitische Straftaten zu bekämpfen. heute im bundestag

MEHR TEILZEIT. Der Bundesarbeitsminister macht für sich Werbung: Das Teilzeit- und Befristungsgesetz sei in der Praxis gut angenommen worden. Darauf verweist Bundesarbeitsminister Walter Riester in einem Brief an die Mitglieder der Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnisgrüne. Im vergangenen Jahr sei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 320.000 gestiegen. Die Teilzeitquote stieg im Vergleich zum Jahr 2000 um einen Prozentpunkt und beträgt nun 20,8 %. Im Europäischen Vergleich liege Deutschland auf Platz vier und sei damit „ein gutes Stück vorgerückt“, heißt es in dem Brief. Der Minister rechnet mit einem weiteren Anstieg.

ABSCHIEBUNG / TÜRKEL. Zur Antwort der Bundesregierung auf eine PDS-Anfrage zu Abschiebungen in die Türkei und zur Verurteilung des in Deutschland als Flüchtling anerkannten kurdischen Politikers Cevat Soysal durch ein türkisches Gericht erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: 2.036 Menschen wurden von Anfang Januar bis Ende Mai 2002 aus der Bundesrepublik gegen ihren Willen in die Türkei abgeschoben. Im Jahr 2001 wurden insgesamt 3.930 Menschen in die Türkei abgeschoben. Diese Antworten der Bundesregierung dokumentieren erneut die Inhumanität der deutschen Abschiebepolitik. Kurdische und andere Flüchtlinge, die vor der anhaltenden politischen Repression in der Türkei in die Bundesrepublik fliehen, bekommen hier immer noch in vielen Fällen keinen Schutz, sondern werden wieder abgeschoben. Noch krasser liegt der Fall bei Cevat Soysal. Obwohl dieser kurdische Politiker in Deutschland als anerkannter Flüchtling lebte, ist die Bundesregierung bis heute weder gegen seine Entführung im Sommer 1999 durch den türkischen Geheimdienst noch gegen seine anschließende Folterung noch gegen die seitdem anhaltende widerrechtliche Inhaftierung aktiv geworden. Auch auf meine Frage, ob die Bundesregierung nach der kürzlichen Verurteilung Soysals zu mehr als 18 Jahren Haft nun endlich gegen die Türkei ernsthaft tätig werde, antwortet die Regierung weiter hinhaltend. Man verfolge den Fall weiter „sorgfältig“, heißt es zynisch. Die Aufforderung von Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl, die Bundesregierung solle ihre „Abschiebekollaboration mit der türkischen Regierung endgültig beenden“, stoßen bei dieser Regierung auf taube Ohren.

Wenn er Kanzler würde ...

Stoiber und der Potsdamer Vertrag

Die Kandidatur Stoibers wird aussichtsreich. Seine außenpolitischen Ansätze werden praktisch wichtig. Schröder hat die Außenpolitik Kohls fortgesetzt. Stoiber wird die Außenpolitik Schröders fortsetzen. Aber bei parlamentarischen Wahlen stehen zum wenigsten politische Ziele zu Debatte, eher schon Politikstile. Hier geht es nicht darum, ob Krieg geführt wird oder nicht, ob die durch den Wirtschaftsprozess benachteiligten Armen durch die Politik noch zusätzlich bedrückt werden. Nicht dies, steht – leider! – zur Debatte, sondern ob es mit Bedauern und innerer Hemmung geschieht oder lebhaft, mit innerer Genugtuung. Unwichtig? Die innere Orientierung einer regierenden Clique wird von allergrößter Bedeutung, wenn die äußeren Umstände wechseln. Man denke nur an Kohl und die deutsche Einheit. Es ist richtig, dass der Spielraum der deutschen Außenpolitik begrenzt ist. Aber es ist wichtig zu sehen, wohin der Kandidat Stoiber will, und davon geben die Reden Eindruck, die Stoiber einem empfänglichen Publikum vorträgt, vor Leuten, die verstehen, was gemeint ist, ohne dass es allgemeinverständlich ausgebreitet werden müsse. Die Rekonstruktion des Denksammenhangs aus derart Verschlüsseltem ist aufwändig und fehlerriskant, aber nicht zu umgehen, wenn die Gefahr besteht, dass so jemand ran kommt.

Geschichte, Pflicht

Stoiber auf dem diesjährigen Ostpreuentag:

„Deutschland ist eine große, eine vielgestaltige Kulturnation. Und dazu gehört untrennbar Ostpreußen mit seiner reichen Geschichte und Kultur.“

Geschichte*:

In dem angesprochenen Landstrich überlagern sich wirtschaftliche, politische und kulturelle Einflussfelder schon seit vielen Jahrhunderten. Einer der wirkenden Faktoren war die deutsche Ostkolonisation. Kreuzzüge deutscher Ritterheere bahnen einer breit angelegten Siedlungsbewegung mit Feuer und Schwert den Weg. In West- und Ostpreußen setzt sich der deutsche Ritterorden fest. Die vorgefundene, in Stammes-, Dorf- und beginnend auch Stadtgemeinschaften lebende Bevölkerung wird zwangsbekehrt und in Zwangsarbeiter für die Deutschherren verwandelt. Widerstand verfällt dem christlichen Schwert. Die Leerstellen werden mit aus dem dt. Reich nachgezogenen Bauern und Adligen besetzt. Diese Barbarei stößt an Grenzen. Mitte des 13ten Jahrhunderts (1242) schlägt

das bewaffnete Volk der Stadt Nowgorod die angreifenden Ordensbrüder in einer Winterschlacht auf dem Eis des Peipus-sees. 1410 besiegen Polen und Litauer den Orden in der Schlacht von Tannenberg, es folgt ein langdauernder Krieg auch der deutschen Städte und des Landadels gegen die Ordensmacht, 1525 schließlich wandelt der letzte Hochmeister des Ordens Markgraf Albrecht von Brandenburg und nochmal was den Ordensstaat in ein protestantisches Herzogtum unter der Lehenherrschaft des polnischen Königs.

Damit ist Preußen geboren und beschäftigt sich ab jetzt mit der Zerstörung Polens. Um 1700 wird man Königtum, mit Zustimmung des Kaisers Leopold in Wien, der Titel gilt aber nur außerhalb des dt. Reiches, auf dem Gebiet des ehemaligen Ordensstaates, in Ostpreußen. Die Entwicklung in Europa zeigt die Notwendigkeit nationaler Märkte, die der absolutistische Staat ordnen kann. Der Militärstaat Preußen wird mit der Notwendigkeit begründet, ein geschlossenes Territorium zu schaffen. Die Lücken, die die dauernden Krieg im Wirtschaftsleben reißen, werden durch Zulassung der Ansiedlung von Glaubensflüchtlingen v.a. aus Frankreich aufgefüllt. Im Staat bleibt die adlige Kaste bestimmend. So kann der preußische Staat, obgleich bis über die Ohren bewaffnet, der napoleonischen Umwälzung nichts entgegensetzen. Der preußische König zieht sich in den östlichsten Winkel Ostpreußens zurück. (Sprichwort der Zeit: Unser Dämel sitzt in Memel). Unter dem Eindruck der

absolutistischen Unfähigkeit kommt es zu Reformen in Staats- und Heeresorganisation, die letztlich dazu führen, dass der Staat auf zwei ähnlich berechtigten Säulen ruht: dem Adel, der mit seinen Bauern das Heer auffüllt, und den Bürgern, die wiederum zusammen mit den Bauern die Steuer zahlen und dafür staatliche Leistungen (Rechtssicherheit, Anteil an der Kommunalverwaltung, Schulwesen usw.) erhalten. Während dieser ganzen Zeit blieb Preußen ein expansiv angelegter Staat, der sich immer wieder vergrößern konnte. Insbesondere riss Preußen große Teile Polens an sich. Das System gipfelte im Deutschen Reich und scheiterte im 1. Weltkrieg. Die neuerliche Unterwerfung der polnischen Gebiete war nach dem 1. Weltkrieg eine entscheidend wichtige Klammer zwischen den faschistischen Haufen und der preußisch geprägten Militärkaste. Sie trafen sich perspektivisch und praktisch in der Gedankenwelt der Ostkolonisation.

Preußen, besonders Ostpreußen, ist ein geschichtlicher Komplex, der sich um das Expansionsstreben des Deutschtums in Ostmitteleuropa rankt. Der Alliierte Kontrollrat besiegelte per Gesetz Nr. 46 am 25.2.1947 die Auflösung Preußens als Staat.

Verpflichtet:

Stoiber hat schon gewusst, wieso die Einzelheiten dieser Geschichte besser nicht erwähnt werden. Wichtig ist jedoch das Wort „untrennbar“, mit dem das untergegangene Ostpreußen mit dem bestehenden politischen System der BRD zu-



Kaiser Wilhelm II. verfolgt den Gang der Winterschlacht in Masuren bei Grabnik während im Winter 1915. Die Pickelhaube wurde zum Symbol des reaktionären und militaristischen Deutschlands.

sammengeführt wird. So wird Geschichte aus der Vergangenheit herausgerissen und in die Gegenwart gestellt. Das Motto des Treffens eignete sich vorzüglich dazu, dass Irrationale dieses Vorgehens zu verwischen. Es lautete: Ostpreußen verpflichtet. Vielleicht weil in Preußen der kadavermäßige Gehorsam besonders gefordert und der Bedarf an Aufklärung entsprechend dringlich war, gelang dem in Königsberg lebenden und lehrenden Philosophen Kant die Aufklärung des Pflichtbegriffs. Vorher meinte man, dass eine höhere Macht, Thron und/oder Kirche, dem Menschen offenbaren oder befehlen müsse, was seine Pflicht ist. Nun wird die Feststellung des Inhalts von Pflicht ein Verstandesakt. Der Staat kann die Bürger in die Pflicht zwingen, aber was Pflicht ist und was Willkür, stellt der mündige Mensch selbst fest. Sprichwörtlich wird später: Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

In der Wendung „Ostpreußen verpflichtet“ wird aber das Verhältnis wieder das abgelebte, versteinerte, alte. Es ist „Ostpreußen“, das „verpflichtet“, die Geschichte, die gewesen und durch Aufruf des Begriffes „Ostpreußen“ gemeint ist, gewinnt selbständige, überpersönliche Macht, sie ruft, und es ist an uns, zu folgen und die gegebene Tradition fortzusetzen. Hier einmal ankommen, stößt sich die Ideologie an der Außenwelt. Preußen, und darin enthalten Ostpreußen, ist politisch gesehen nicht mehr vorhanden. Und so kommt die Vertreibung ins Spiel. Denn was vertrieben wurde, kann zurückkehren, und solange Menschen sich als Vertriebene definieren, gibt es Ostpreußen. Und wie verhält sich dieses geistige Ostpreußen zu dem Landstrich, der früher mal so geheißen hat? Na klar, es verhält sich fordernd.

Die Grenzen des Potsdamer Vertrages

Mit dem Potsdamer Vertrag von 1945 und den daran anschließenden Kontrollratsbeschlüssen bzw. -dekreten hatte sich die entstehende Weltgesellschaft dafür entschieden, den Gesellschaften im mittleren und östlichen Europa feste politische Grenzen zu ziehen. Für Deutschland bedeutete dies den Abschied von einem jahrhundertealten Bestandteil seiner politischen Geschichte: der nach Osten durchlässigen politischen Grenze und den damit verbundenen Expansionskriegen. Derartige Abschiede sind im politischen Leben der modernen Staaten und Gesellschaften nicht direkt selten. Man denke nur an die Entkolonisierung der Welt. Sie können besonders leicht verarbeitet werden, wenn begriffen wird, dass die Kulturtechnik, die durch diese erzwungene Zugehörigkeit definiert war, eine Belastung gewesen ist, für die Opfer und für die Täter.

Die Haltung Stoibers zu den Vertriebenen und ihren politischen Forderungen zeigt recht deutlich, dass sein strategi-

sches Denken nicht die kritische Distanz zur Geschichte sucht, sondern die Identifikation. Stoiber geht es nicht um den Ausgang aus unheilvollen Traditionen, sondern um den Eintritt in solche Traditionen. Dieser Ansatz wird virulent, weil er sich, obwohl traditionalistisch, modern maskieren lässt. Grenzen sind unpopulär. Sie markieren ein Privileg, das sich Staaten gegenüber Menschen herausnehmen. Der Gedanke der offenen Grenzen ist mit dem Recht auf Freizügigkeit verbunden. Und so scheint es, als ob z.B. die Vertriebenenverbände gegen ihre Ausgrenzung und Entrechtung klagten. Bei der von den Konservativen eingeforderten Grenzöffnung geht es nicht um das sich frei Woanders-hin-bewegen-Können. Wenn z.B. die Ostpreußen für die Vorstellung von Ostpreußen, die sie in ihrem Verband hegen, Platz und Dauer und Ostpreußen fordern, geht es ihnen darum, ein ganz bestimmtes Verhältnis wieder praktisch zu machen. Es ist das sehr spezielle Verhältnis des deutschen Ostsiedlers, der sein Deutschtum mit sich führt, um es anderswo aufzupflanzen und, wenn das einmal geschehen ist, Schutz durch den Mutterstaat und Sonderrechte von der Gesellschaft, in die man eingesiedelt ist.

Dieser mit den Adjektiven „großdeutsch“, „völkisch“ gekennzeichnete Vorstellungen haben die Siegermächte des 2. Weltkriegs das Wasser abgegraben, und zwar mit den Potsdamer Verträgen. Die Politik Stoibers ist darauf zugeschnitten, diese Grundkonstante europäischen Nachkriegslebens zu streichen.

Dem dient die Thematisierung des „Vertreibungsunrechts“ und die Kritik an den verschiedenen „Dekreten“. Nur ganz vordergründig sind die Umsiedlungen ein Akt der Staaten, die sie dann vollzogen. Sie wurden von den Siegermächten dekretiert, um genau diese Art von deutscher Politik, Destabilisierung von Staaten durch Inanspruchnahme dort vorhandener deutscher Milieus, unmöglich zu machen.

Stoiber hat sich für den Steinbach-Plan ausgesprochen und angekündigt, der 8. August solle der Tag werden, an dem in Deutschland der Vertreibung gedacht werden. Vordergründig ist das der Tag, an dem die Vertriebenenverbände einen Gewaltverzicht erklärten. Es ist aber genauso richtig, dass zu diesem Datum der Potsdamer Vertrag abgeschlossen wurde.

Schlussbemerkung:

Für die internationale Migration offene Grenzen sind handhabbar. Im gesellschaftlichen Raum, Arbeitswelt, Handel, Wandel, Familienbeziehungen, sind Differenzen zwischen den Personen geradezu das Normale. Anders jedoch, sobald es um staatlichen Einfluss geht. Im Medium der politischen Macht ist Einheitlichkeit geboten. Schon zwei Machtworte schließen sich gegenseitig aus. Polizeien, die

sich gegenseitig beschießen, Gerichte, die sich gegenseitig verurteilen – die Überlagerung staatlicher Mächte führt notwendig zum Konflikt. Offene Grenzen, das bedeutet für Menschen etwas anderes als für Staaten. Stoibers Vorstellungen zielen nicht auf Bürgerrechte, sondern auf Staatsprivilegien. Es geht darum, dass der deutsche Staat Möglichkeiten einfordert, anderswo staatlich, gestützt auf von ihm hergekommene Leute, tätig zu werden. Das ist eine Ergänzung zum Kapitalexport, die aus der deutschen Migration in Richtung Osten eine neuerliche Kolonisationsbewegung macht.

Die ideologischen und politischen Voraussetzungen dafür werden gegenwärtig entwickelt.

– Das Gedenken an den Ausgang des Zweiten Weltkrieges wird mit der Qualifizierung der Umsiedlungen als Unrecht verwoben.

– Langsam wird in den Blick gerückt, dass nicht nur die unmittelbar Beteiligten alleinige Täter dieses Unrechts waren. Polen, Tschechien u.a. geraten als willig ausführende Organe der Siegermächte ins Visier.

– Die Kritik an den Siegermächten wird am „stalinistischen Russland“ bereits entwickelt. Sie wird mit der Zeit auf die USA; Großbritannien, Frankreich ausgedehnt. Dabei kommt es darauf an, die Kritik an diesen Mächten begrenzt zu halten, d.h. sie auf genau diesen Teilaspekt einzugrenzen.

– Schließlich wird die deutsche Politik beginnen, die Aufweichung des Potsdamer Vertrages und der darauf basierenden Verträge und Dekrete von den alten Siegermächten einzufordern als Gegenleistung für Unterstützungen bei deren Unternehmungen.

Ziel ist, der BRD im Osten eine für staatliches Handeln und staatlichen Einflussbildung durchlässige Grenze zu schaffen und dadurch Gesellschaften der östlichen Nachbarländer in eine Lage zu bringen, in der sie ihre inneren Verhältnisse nicht souverän gestalten können, sondern auf Arrangements mit der BRD angewiesen sind. Es ist wohl klar, dass eine solche Politik a) nicht aufgehen muss, sondern ganz beachtliche Turbulenzen und Rivalitäten zwischen den führenden Nato-Mächten auslösen kann, und b) wenn sie aufgeht, eine latente Bürgerkriegssituation in den Ländern schafft, die von dieser neuen Offenheit der Grenzen betroffen sind.

Martin Fochler

Material:

Stoibers Reden:

auf dem Deutschlandstag der Ostpreußen, am 23. Juni 2002, im französischen Dom in Berlin am 26. Juni 2002, vor dem Strauß-Symposium am 5. Juli 2002

Geschichtliche Fakten nach Meyers großem Taschenlexikon in 25 Bänden

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat am 18.7. Rudolf Scharping (SPD) als seinen „Verteidigungsminister“ entlassen. Als Nachfolger wurde Dr. Peter Struck (SPD) ernannt, er nahm am 19.7.2002 seine Amtsgeschäfte auf. Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. nimmt zu dem Vorgang wie folgt Stellung (leicht gekürzt).

Zur Entlassung Rudolf Scharpings

1. Es gab schon bisher 1000 andere Gründe für einen Rücktritt von Rudolf Scharping. Die Honoraraffäre ist ein Klacks im Verhältnis zu dem Skandalregister, das Rudolf Scharping als „Verteidigungsminister“ angehäuft hatte. (...)

Nur zwei der jüngsten Skandal-Beispiele:

A. Scharping unterschreibt eine Beschaffung von 73 Militärtransportern des EADS-Airbus-Konzerns am Bundestag vorbei ohne Absicherung im Bundeshaushalt. Gesamtkosten dieser Beschaffung, mit der die sogenannte „Verlegfähigkeit“ der Bundeswehr oder korrekter die Verbesserung der Interventionsfähigkeit der Bundeswehr hergestellt werden soll, sind 9,5 Milliarden Euro der europäischen Gesamtkosten von 18 bis 25 Milliarden Euro.

B. Rudolf Scharping verantwortet reine und brutale Kampfeinsätze des Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan. Nach seinen Angaben sollten dabei „El Kaida-Kämpfer gejagt und gefangen werden“. Sollte dies der Fall sein, verstießen die KSK-Truppen unstrittig gegen das Kriegsvölkerrecht. Denn die KSK-Truppen haben dann wohl ihre Gefangenen an die befehlshabenden US-Truppen übergeben, über deutsche Gefangenenlager ist nichts bekannt geworden ... Die US-Truppen behandeln die Gefangenen aber nicht als Kriegsgefangene, und ihnen droht die in Deutschland verbotene Todesstrafe. Sollten die KSK-Soldaten keine Gefangenen gemacht haben bei ihren Einsätzen, sondern alle Gegner getötet haben, um so schlimmer.

2. Die Ablösung Rudolf Scharpings ist reine SPD-Wahlkampfakt, Rudolf Scharping schadete als Minister einfach zu sehr bei der Bundestagswahl. Die Ablösung zeigt, dass die Inhalte der Militär-, Friedens- und Kriegspolitik der rot-grünen Bundesregierung nicht zur Debatte stehen, sondern dass es einzig und allein um das Medienbild eines Ministers und einer Regierung geht. Auch durch die Ablösung eines Rudolf Scharping wird Rot-Grün nicht wählbarer, genauso wenig wie die „Alternative“ Stoiber-Schäuble mit Westerwelle-Möller.

3. Nötig ist nach Ansicht der Informationsstelle Militarisierung (IMI) ein Ende der bundesdeutschen Kriegspolitik und nicht eine Ablösung eines Panneministers.¹ Schließlich hat die rot-grüne Bundesregierung die Bundeswehr in zwei Angriffskriege (NATO-Krieg gegen Jugo-

slawien und Krieg gegen Afghanistan) geschickt. Der Beschluss einer umfassenden „Kriegsermächtigung“, von Gerhard Schröder mit Vertrauensfrage gekoppelt, brachte Bundeswehrsoldaten in Kriegseinsätze auf mehr als einem Drittel des Globus. Heute stehen fast 10.000 Bundeswehrsoldaten in über 16 Staaten im Auslandseinsatz.

Tatsächlich geht es bei den Einsätzen der Bundeswehr bei „Enduring Freedom“ aber nicht um Terrorbekämpfung, sondern um Interessensdurchsetzung mit Hilfe von Militäreinsätzen. Die Stationierungen wie im Falle der ABC-Abwehrkräfte in Kuwait sind Vorboten von geplanten Kriegen, hier des für ca. Februar 2003 terminierten Krieges gegen den Irak.

4. Zentrales Ereignis in der Amtszeit von Rudolf Scharping waren der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die damaligen Lügen des Kriegsministers Scharpings.

Für manche ist es schon Lichtjahre her, doch Rudolf Scharping hat seine Meriten erworben im NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Seine damaligen Lügen (Stichworte: Scharpings Aussage, es gäbe „KZs im Kosovo“², der erfundene „Hufeisenplan“, die Racak-Lüge, seine Geschichte mit den gegrillten Föten³, die Instrumentalisierung der Flüchtlinge für NATO-Zwecke, u.v.a.m.) sind bis heute der eigentliche Skandal der Amtszeit Rudolf Scharpings. Mitverantwortlich für die mit Lügen begründete Kriegspolitik waren und sind damals wie heute Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (Grüne). (...)

5. Zweites zentrales Element der Amtszeit von Rudolf Scharping war die Umwandlung der Bundeswehr zur kriegsführungsfähigen Interventionsarmee.

Die Veränderung der Bundeswehr in Strategie, Struktur und Bewaffnung hin zu einer kriegsführungsfähigen Interventions-Bundeswehr wurde unter Rudolf Scharpings Amtsvorgängern von der CDU, vor allem Volker Rühe, begonnen, doch substanziell wirksam wurde diese grundlegende Veränderung des deutschen Militärs erst unter Rudolf Scharping. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die ganzen Strategiepapiere, um nur die wichtigsten zu nennen: die aufwendige „Weizsäckerkommission“ und ihr Bericht, das Gegenpapier der Militärs verantwortet vom ehemaligen Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach⁴, das „Ressortkonzept“, mit dem die Bundeswehr in ihrer Struktur auf eine „Armee im Einsatz“ getrimmt wurde, und das Materialkonzept, mit dem die umfangreichen Beschaffungsprojekte koordiniert werden sollten. Inzwischen ist die Bundeswehr in ihren Kernteilen fertig umstrukturiert und „voll einsatzfähig“, andere Bereiche folgen.

6. Der Nachfolger Peter Struck ist in Sachen Bundeswehr inkompetent.

(...)



7. Zusammenfassung

Die Bundeswehr ist mitten drin im Umbruch zur kriegsführungsfähigen Interventionsarmee und zugleich mit fast 10.000 Soldaten im Auslandseinsatz. Unter Rudolf Scharping wurde die Militärpolitik der Vorgängerregierung nicht nur fortgeführt, Rot-Grün und Rudolf Scharping tragen die Verantwortung für zwei Angriffskriege (Jugoslawien und Afghanistan) und eine Reihe umfassender Stationierungen der Bundeswehr im Ausland. Offensichtlich bedurfte es einer rot-grünen Regierung und eines Ministers wie Rudolf Scharping, der als Person nur von wenigen ernst genommen wurde, um im Bereich der Militärpolitik derart umfassende Änderungen auf die Schiene zu bringen. Krieg ist wieder ein wesentliches Mittel von deutscher Politik geworden. Rot-Grün steht somit für eine „eskalierende Kontinuität“ im Bereich der Militär- und Bundeswehrpolitik, aus deklarierter „Friedenspolitik“ (Koalitionsvertrag) wurde permanente Kriegspolitik, dies auch und insbesondere dank Rudolf Scharping. *Tobias Pflüger*

1 Leider fangen die in den Medien beschriebene Pannenserien von Rudolf Scharping meist erst mit den Badefotos auf Mallorca im Sommer 2001 an.

2 „Und ich sage bewusst Konzentrationslager“, Rudolf Scharping am 28.03.1999 in der ARD-Fernsehsendung Sabine Christiansen

3 „Wenn beispielsweise erzählt wird, dass man einer getöteten Schwangeren den Fötus aus dem Leib schneidet, um ihn zu grillen und dann wieder in den aufgeschnittenen Bauch zu legen; wenn man hört, dass systematisch Gliedmaßen und Köpfe abgeschnitten werden; wenn man hört, dass manchmal mit Köpfen Fußball gespielt wird, dann können Sie sich vorstellen, dass sich da einem der Magen umdreht“, so Rudolf Scharping am 16. April 1999 in einer Pressekonzferenz

4 Scharping dürfte auch Rekordhalter im Verschleiß von Generalinspektoren der Bundeswehr sein. Während seiner Amtszeit waren dies immerhin vier: Klaus Naumann, Hans-Peter von Kirchbach, Harald Kujat und nun Wolfgang Schneiderhan

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Bei IMI gibt es weitere Informationen zu allen Themen der Militärpolitik:

IMI, Hechingerstrasse 203, 72072 Tübingen, Telefon: 07071-49154, Fax: 49159, e-mail: IMI@imi-online.de Internet: <http://www.imi-online.de>

Die Angriffspläne nehmen Gestalt an

Von Anfang des Jahres an bis Ende Mai stiegen die Preise der Energierohstoffe auf den Weltmärkten außergewöhnlich stark um knapp 35%. Die Entwicklung hält an. Als Hauptgrund sehen die *Commerzbank Außenhandelsblätter* die Lage im Nahen bzw. Mittleren Osten und insbesondere die US-Kriegsvorbereitungen gegen den Iran. An den Ölmärkten sei über Wochen das Szenario deutlicher Angebotsengpässe durchgespielt worden. Die *FAZ* sieht sich veranlasst, den „Akteuren am Ölmarkt“ zu raten, die Preisentwicklung gleichsam als Seismografen, der die akute Gefahr des Krieges anzeige, zu verfolgen. Der Artikel im Wirtschaftsteil vom 16. Juli trägt die Überschrift: „Spekulationen über einen Militärschlag. Am Ölmarkt wird mit einem baldigen Angriff auf den Irak gerechnet.“

Die USA versichern sich ihrer NATO-Verbündeten

Spätestens auf der NATO-Tagung am 24./25. September, so liest man in diesen Tagen, wollen die USA von ihren Verbündeten verbindliche Zusagen für den Krieg gegen den Irak.

Der Besuch des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Wolfowitz in der Türkei hatte zum Zweck, die z.T. erheblichen Widerstände in der gegenwärtigen Regierung gegen den Irak-Krieg aufzubrechen und die Unterstützung der Türkischen Republik sicherzustellen. In den US-Plänen spielt die TR eine zentrale Rolle als Operationsbasis für den Angriff. Der US-Luftwaffenstützpunkt in Incirlik ist entscheidend für Luftoperationen im Nordirak. Die türkischen Häfen und Transportwege über Land werden von den USA benötigt, um in der ölreichen Region am Kirkuk Bodenoperationen durchführen zu können. *Özgür Politika* (20.7.) konstatierte als erste Folgen nach dem Wolfowitz-Besuch, dass damit begonnen wurde, im Grenzgebiet Flüchtlingslager zu errichten bzw. Unterkunftsstationen von Mekka-Pilgern herzurichten. Außerdem hätten die Aktivitäten des Militärs zugenommen, so seien verstärkt Patrouillenflüge entlang der Grenze zu verzeichnen.

Von den europäischen NATO-Staaten hat bisher Großbritannien direkte militärische Unterstützung – bis zu 30.000 Soldaten – für den Krieg gegen Irak zugesagt. Die Regierung hat mittlerweile begonnen, Soldaten von anderen Einsatzorten, insbesondere vom Balkan, aus Afghanistan und Sierra Leone abzuziehen. Für den Herbst sind vermehrt Reservisten einberufen, Soldaten werden in großem Stil geimpft. Die Kampfpanzer vom Typ „Challenger 2“ werden derzeit generalüberholt und für Wüsteneinsätze vorbereitet. Die Royal Air Force, die schon 14 Tornados in der Region stationiert

hat und bis zu 50 Kampfflugschiffe stellen soll, will die Zahl der Übungsflüge in den nächsten Monaten stark erhöhen. (*Spiegel*, 29.7.) Das größte britische Kriegsschiff, die „HMS Ocean“, wird derzeit mit Hubschraubern, Landungsbooten und anderem Gerät ausgerüstet und so für eine amphibische Mission vorbereitet. Der britische Flugzeugträger „Arc Royal“ patrouilliert bereits im Golf. Anders allerdings als noch vor Monaten lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung einen Beteiligung Großbritanniens am Krieg gegen Irak ab. In der Labour Party werden die Stimmen gegen den Krieg lauter, selbst im Parlament geriet Blair unter Druck, die Kirchen lehnen einen Krieg gegen Irak, der nicht durch ein UN-Mandat abgedeckt ist, als „illegal“ ab.



Britisches Manöver in Oman, 2001

Die deutsche Bundesregierung hält sich offiziell bedeckt. Als logistische Drehscheibe für den Aufmarsch am Golf spielt die BRD in den Kriegsplanen der USA wie schon im letzten Irak-Krieg eine entscheidende Rolle. Auch über die finanzielle Beihilfe zum Krieg wird inzwischen offen gehandelt. Der neue Verteidigungsminister Struck hat bei seinem Besuch in Kabul die Bereitschaft der Bundeswehr verkündet, die Führung der Internationalen Afghanistan-Truppen zu übernehmen – und so andere beteiligte Armeen für andere Einsätze zu entlasten. Die deutschen Spürpanzer „Fuchs“ stehen samt 50 Soldaten nach wie vor in Kuwait bereit. Dass die BRD den US-Krieg nicht auch mit Truppen unterstützt, ist längst keine ausgemachte Sache.

Die Angriffspläne nehmen Gestalt an

In der letzten Ausgabe berichteten wir von veröffentlichten US-Kriegsplanungen, die einen Angriff auf den Irak von drei Seiten her mit bis zu 250.000 Soldaten vorsehen. Jetzt berichtete die britische Zeitung *Guardian* über einen alternativen Angriffsplan: Eine Streitmacht

von 50.000 Soldaten soll danach die irakische Armee „umgehen“ und direkt Bagdad angreifen. Während für den „Standardplan“ eine mehrmonatige Vorbereitungszeit veranschlagt wird, könnte der Angriff im anderen Fall bereits im Oktober beginnen.

Der Irak ist mit Afghanistan nicht vergleichbar. Hier gibt es keine der Nordalians vergleichbare bewaffnete Opposition, die die Dreckarbeit am Boden erledigen könnte. Der Irak verfügt über eine zwar schlecht ausgerüstete, aber gut ausgebildete 450.000 Mann starke Armee, hinzu kommen Elite-Sicherheitskräfte und Milizen. Trotzdem könnten die US-Kriegsplaner mit ihrem Alternativplan Erfahrungen aus dem Afghanistan-Krieg aufnehmen: Die USA und ihre

Verbündeten hatten recht schnell die Kontrolle über Kabul errungen, weil die Kabuler Bevölkerung offensichtlich eher ein Besatzungsregime als die Taliban-Herrschaft und andauernde Bedrohung durch Luftangriffe und andere Kriegshandlungen ertragen wollte, während sie weite Teile des Landes bis heute nicht unter Kontrolle haben. Die Informationen, die sich die Kriegsplaner aus dem Irak ständig beschaffen, bringen sie womöglich zu der Einschätzung, dass die Bevölkerung Bagdads kaum bereit scheint, das Regime Saddams Husesins durch lange Kriegsmomente und verlustreiche Angriffe bis zum bitteren Ende zu tragen. Der Alternativplan schließt deshalb das Kriegsverbrechen massiver Luftschläge gegen die Hauptstadt ein und große Opfer unter der Zivilbevölkerung ausdrücklich ein (*Tageszeiten* vom 29.7.).

So oder so kann man sicher sein, dass die Aufbereitung des Vorwands zum Krieg in den nächsten Wochen ins Zentrum des Kampfes um die öffentliche Meinung rückt. Struck hat gleich in seinem ersten Interview mit dem *Deutschlandfunk* auf den „guten Anspruch“ verwiesen, dass der Irak „UN-Inspektoren ins Land lässt, die überprüfen, ob er atomare, biologische oder chemische Waffen produziert“. (27.7.) Man könnte den Abbruch der Gespräche über die Inspektoren provozieren. Blair hat angekündigt, demnächst „Beweise“ vorlegen zu wollen, dass der Irak Massenvernichtungswaffen produziert. Auch ein inszenierter Zwischenfall mit US- und britischen Flugzeugen, die ständig in den sog. „Flugverbotszonen“ im Norden und Süden Iraks patrouillieren, ist denkbar. Die Häufigkeit der Bombenangriffe, angeblich als Reaktion auf irakisches Luftabwehrfeuer, hat in letzter Zeit zugenommen. Während in den ersten fünf Monaten 2002 zwei größere Angriffe stattfanden (am 28.2. und 19.4.), hat es seit Mitte Juni bereits sechs Bombardierungen gegeben.

scc

Neuwahlen in der Türkei, und was ist mit dem EU-Beitritt?

Ein Gespräch mit dem Hadep-Bürgermeister Sefik Türk

Am Montag, 30.7., beschloss das Türkische Parlament auf einer Sondersitzung, für den 3. November bei dem Verfassungsrat Neuwahlen zu beantragen. Es wird erwartet, dass noch in dieser Woche das Parlament zur endgültigen Beschlussfassung erneut zusammentritt. Nicht beschlossen wurden aber die von der EU geforderten Reformpakete, die bis Dezember diesen Jahres auf dem Kopenhagener Gipfel vollzogen sein sollen. Vizeministerpräsident Yılmaz hatte dem Parlament entsprechende Gesetzesvorhaben vorgelegt, u.a. zur Abschaffung der Todesstrafe, Zulassung der kurdischen Sprache und Änderungen von 13 Artikel im türkischen Strafrechtsgesetzbuch.

Noch am Tag vor dem Beschluss hatte Ministerpräsident Ecevit über eine vom Fernsehen live ausgestrahlten Rede an seine Fraktion vor Neuwahlen gewarnt, da dadurch Wirtschaft und EU-Beitritt gefährdet würden. Ecevit befürchtet, bei den nächsten Wahlen nicht mehr mit seiner durch Austritte schwer dezimierten Partei ins Parlament zu kommen. Er sagte, es müsse verhindert werden, dass islamistische Parteien und die prokurdi-

sche Hadep ins Parlament einzögen: „Wenn diesen beiden Parteien eine Chance gegeben würde, könnte dies den Grundfesten unseres Staats schweren Schaden zufügen.“ Das führte sofort zu einem heftigen Proteststurm in der türkischen Öffentlichkeit. Unter dem Druck der anderen Parlamentsparteien und seiner Koalitionspartner stimmte dann auch Ecevit für Neuwahlen.

Wie die Konstellationen zu diesen Wahlen aussehen, wird sich erst in den nächsten Wochen entwickeln. Es steht eine Reihe von Fragen offen, z.B. ob das Wahlgesetz geändert wird. Derzeit gilt eine 10% -Hürde für den Parlamentseinzug. Weiter sind Koalitionen und Wahlbündnisse ungeklärt. Schafft es bspw. die neue Partei „Neue Türkei“, in der kurzen Zeit Parteistrukturen in der ganzen Türkei aufzubauen? Wie gehen die Bündnisverhandlungen der „Neuen Türkei“ mit der CHP aus, was wird dann aus den Verhandlungen mit der prokurdischen Hadep?

Das Verhalten des Militärs zu dieser Frage ist gerade vor dem bevorstehenden Militärangriff auf den Irak nicht endgültig geklärt. Der ehemalige Generalstabs-

chef Güres erklärte, dass ein Kurdenstaat im Norden des Irak oder auch ein nach ethnischen Zonen föderativ gegliederter Irak für die Türkei ein Angriffsgrund darstelle. Aus dem Nationalen Sicherheitsrat war zu hören, dass im Falle eines Angriffs auf den Irak die Türkei mit Truppen in den Nordirak einmarschieren wird.

Auf jeden Fall ist deutlich, dass die USA und die EU, aber auch starke innere Kräfte einen starken Druck für einen Modernisierungsschub aufbauen. Wichtig für den Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft wäre aber, dass die kurdischen Anliegen durch eigene Parlamentsvertreter zum Ausdruck kommen.

Vor kurzem führten wir mit Sefik Türk ein längeres Gespräch. Sefik Türk ist einer der 39 Bürgermeister der Hadep. Er steht der Kommune Carikli, einem Ort nahe Diyarbakir, vor. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Gespräch, das vollständig im *Kurdistan-Rundbrief* 3/2002 im August abgedruckt wird. rub

Was hat sich durch die EU-Beitrittsperspektive in der Türkei geändert? Wie steht

Ein Krieg gegen den Irak zieht die gesamte Region in Mitleidenschaft und betrifft auch die kurdische Frage und die Bedingungen ihrer Lösung. Wir dokumentieren Auszüge eines Artikels, der in der Türkei veröffentlicht wurde und in dem sich Abdullah Öcalan zum Krieg und zu Positionen der kurdischen Emanzipationsbewegung äußert.

„Eine Organisierung von Kopf bis Fuß ist notwendig“

„Es ist ungewiss, was den Kurden angetan wird, wenn jetzt ein Angriff auf den Irak erfolgt. Wir möchten neue Halabjas verhindern. Der Druck auf die Türkei ist offensichtlich. Auch gibt es Pläne in Bezug auf die Türkei. Ich sagte, lasst uns gemeinsam diese Pläne durchbrechen. 1920 gab es eine kurdische Aufsteiger-gesellschaft, deren Zentren in Diyarbakir und Istanbul lagen. Sie hatte Beziehungen zu den Engländern. Atatürk hat Folgendes gesagt: „Fallt nicht auf das Spiel der Engländer rein. Sie werden Euch auch das, was ihr noch besitzt, wegnehmen. Sie werden für Euch kein Kurdistan gründen“. Es war richtig, was er gesagt hat. Wir können unsere Rückständigkeit nicht verleugnen. Ich sage, dass die Linie des Aufstandes uns verlieren ließ und der Vernichtung unseres Volkes Vorschub leistete. (...)“

Die Spiele von Talabani und Barzani liegen auf der Hand. Was werden die USA und England den Kurden geben? Auch wenn Saddam gestürzt werden sollte, so können neue Saddams auftauchen. Es kann wieder zu neuen Halabjas kommen.

(...) Wir bewegen uns auf eine stürmische Situation zu. Sie möchten über 15.000 Mann in der Türkei verteilen. Das ist der Wunsch von Talabani. Dahinter stecken auch die USA und England. Wir müssen das verhindern. Um das vermeiden zu können, kommt auf die türkische Politik eine große Aufgabe zu. Eigentlich geht es um die Türkei, wenn es auch dem Schein nach sich gegen den Irak und Saddam richtet. Ich habe der Türkei meine Friedenshand gereicht.

(...) Wir sind für die Demokratisierung Iraks. Die Guerilla ist für die Entwicklung eines demokratischen Iraks. Die Türkei hat gegen Irak einen Fehler gemacht. Seit 1992 unterstützt sie Barzani und Talabani und kann jetzt ihre Hände nicht zurückziehen. In dieser Form wird im Irak – wenn überhaupt – nur ein Barzani-Talabani-Fürstentum entstehen. Die Bedeutung davon ist klar: neue Sharons und Arafats. Die USA würden sich in dem Mittleren Osten verankern und Waffen in den Mittleren Osten verkaufen. (...)“

Wir dürfen nicht auf das Spiel äußerer Mächte hereinfallen, wir dürfen

nicht unter ihre Kontrolle geraten. Wir sind zu allem bereit, bis ein ehrenvoller Frieden erreicht wird, bis diese Frage gelöst ist. Weil Talabani weiß, dass ich seit 25 Jahren gegen dieses Spiel bin, schreit er auf. Deshalb erklärt er: „Apo soll mich in Ruhe lassen“. Ich bin ein großes Hindernis für ihn. Nicht nur für ihn, sondern auch für die internationalen Mächte bin ich das größte Hindernis. Sie versuchen im Süden (Südkurdistan – Nordirak, Anm. d.Ü.) neue Talibane zu schaffen. Waren es nicht die USA, die die Talibane geschaffen haben? Auch die Interessen Israels brauchen diese. (...) Für Öl werden sie Blut vergießen lassen. Im Endeffekt werden Guerillas und Soldaten sterben. Um dies zu verhindern, habe ich die Selbstverteidigung erklärt. Die Türkei wird es früher oder später begreifen. (...)“

Alle müssen sich weiter entwickeln, um dieses Spiel zu beenden. Alle Einrichtungen müssen sich qualitativ und quantitativ vergrößern und dieses Spiel durchbrechen. Die Türkei sollte die Kurden als eine befreundete Kraft ansehen. Ciller sagt, sie wird wieder kommen, das bedeutet Krieg. Ich rede von einem totalen Freiheits- und Demokratiekampf anstatt eines Bürgerkrieges. Ich sage es dem Iran, der Irak und der Türkei: Wenn vernünftige und verantwortungsbewusste Menschen vortreten, kann sich eine Lösung entwickeln.“ KIZ, 25.7.2002

die Hadep heute dazu?

Wir wollen, dass die Türkei in die EU aufgenommen wird. Wir gehen davon aus, dass die Türkei durch diesen Prozess demokratisiert wird. Bis heute war es egal, wer in der Türkei an der Macht war. Die Lebenslage der breiten Bevölkerungsschichten wurden nie verbessert. Wir hoffen, dass sich das in sozialer und politischer Hinsicht durch den Druck der EU-Beitrittsverhandlungen ändert. Aber das ist bisher nur eine Hoffnung.

Wir hatten von dem Beitrittsprozess positive Schübe erwartet. Tatsächlich wurden auch einige Gesetze geändert. Das steht aber nur auf dem Papier, mit dem Europa und der Südosten getauscht werden sollen. Eher hat es negative Entwicklungen in der letzten Zeit gegeben. Drei Jahre haben die Menschen vergebens von der Regierung neue, radikale Gesetze und wirtschaftlichen Aufbau erwartet.

Welche Gesetze wurden in der Türkei geändert?

Gewerkschaften sind nun per Gesetz offiziell anerkannt. Das heißt aber noch lange nicht, dass in der Türkei Tarifautonomie herrscht. Vielmehr geht es hier nun um den Kampf der Anerkennung als Tarifpartner.

Das Ausschreibungsgesetz für öffentliche Aufträge wurde geändert. Damit soll der Korruption vorgebeugt werden. Nun müssen öffentliche Vorhaben ausgeschrieben und der billigste Bieter genommen werden.

Das Ausnahmezustandsgesetz wurde auf die Provinzen Diyarbakir und Sirnak beschränkt. In allen anderen ist der Ausnahmezustand beendet worden. Aber die Befugnisse des Ausnahmezustandsgouverneurs, des Militärs und der Jendarma wurden nicht eingeschränkt.

Ansonsten wurde in der Türkei vieles in den Medien öffentlich diskutiert, aber radikale und wirkungsvolle Veränderungen fanden nicht statt. Beispiele dafür sind das Mediengesetz, die Todesstrafe, muttersprachlicher Unterricht, Parteiengesetz, Wahlgesetz mit 10-Prozent-Hürde – all das wurde nicht reformiert.

Welche Auswirkungen hat die Aufnahme der PKK auf die EU-Terrorliste für die Entwicklung einer demokratischen Türkei?

Durch diesen Schritt haben sich viele staatliche Organe in der Türkei in ihrer bisherigen Politik im Südosten des Landes bestätigt gefühlt. Vieles hat sich verschlechtert. Beispielsweise habe wir zwei Unterschriftenkampagnen für eine demokratische Türkei gestartet, die beide verboten wurden.

Die staatlichen Übergriffe auf die demokratischen Organisationen wie Gewerkschaften, Menschenrechtsvereine usw. verschärfen sich. Es gibt erste Verurteilungen wegen des Hörens einer kurdischen Musik oder der Vergabe eines kurdischen Namens an ein Kind. In ei-

nem Fall wurden wegen Abspielens einer kurdischen Musikkassette im Auto 1.800 Euro Strafe verhängt. Zahlreiche Studenten wurden für die Forderung nach kurdischen Sprachstudium für sechs Monate von den Hochschulen ausgeschlossen.

In meinem Ort forderten 56 Kinder an der Grundschule Unterricht in Kurdisch. Jetzt wurden 29 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren deshalb angeklagt. Elf Lehrer, alle Mitglieder der Gewerkschaft Egitim Sen, darunter auch der Rektor der Grundschule, wurden wegen der Forderung der Kinder an andere Schulen in der Provinz Diyarbakir versetzt.

Insgesamt hat die Verbannung von Lehrern aus den Südostprovinzen zugenommen. Wurden in den letzten Jahren die Lehrer „nur“ verbannt, d.h. in irgend welche entfernten Regionen in der Türkei verwiesen, so gibt es jetzt auch wieder die ersten Berichte, dass Lehrer in Haft genommen und gefoltert werden. Das hatte es in den letzten Jahren nicht mehr gegeben.

Wie ist der Stand des Verbotsprozesses gegen die Hadep?

Der Verbotsprozess läuft noch, wir erwarten jederzeit das Verbot.

In letzter Zeit haben sich die Angriffe auf die Hadep verschärft. Beispielsweise sind drei Parteibüros der Hadep niedergebrannt worden.

Wir sind als Partei der Sozialistischen Internationalen beigetreten. Vielleicht nutzt das was. Wir suchen so die Möglichkeit, uns nach außen zu öffnen und Druck auf die Türkei aufzubauen. Wir haben das Problem der Identität und Sprache, das gelöst werden muss. Mit den Kontakten zu anderen Organisationen wollen wir diese Probleme angehen.

Die Türkei ist in der schwersten wirtschaftlichen Krise. Welche Auswirkungen hat das auf die Bevölkerung?

In der Türkei gibt es derzeit keinerlei wirtschaftliche Entwicklung, nicht im Westen und erst recht nicht im Osten. Die Investitionen gehen in der Türkei nach der letzten Krise gegen Null. Das bedeutet auch, dass sich die soziale Lage der Bevölkerung im Westen wie im Osten dramatisch verschlechtert hat.

Die 16 Mrd. US-\$, die IWF und Weltbank für die Türkei bereitgestellt haben, werden im Wesentlichen für die Bankenverluste und den internationalen Schuldendienst verwendet. Die Bauern haben für 1.000 qm Land 7 Euro Förderung erhalten, das war alles. Verdient haben dabei nur die Großgrundbesitzer.

Der Handel mit dem Irak und dem Iran, der für die Ostprovinzen eine große wirtschaftliche Bedeutung hatte, ist fast zum Stillstand gekommen. Die türkische Regierung hat die Grenzen dicht gemacht.

Zum Beispiel einige Durchschnittsverdienste im Staatsdienst: Ein Vier-Per-

sonen-Haushalt benötigt derzeit ca. 1 Mrd. TL als unterste Grenze im Monat. Das entspricht ca. 700 Euro. Angestellte im Staatsdienst verdienen durchschnittlich zwischen 250 und 300 Euro. Ein Lehrer verdient zwischen 300 und 400 Euro. Ein Bürgermeister eines kleinen Ortes verdient 500 Euro.

Die Selbstmordrate gerade kleiner Unternehmer und unter Akademikern steigt dramatisch.

Vorschläge für die Verbesserung der sozialen Lage, bspw. durch Regionalkonzepte die wirtschaftliche Entwicklung rund um das GAP-Projekt zu fördern, sind bisher abgelehnt worden.

Es stehen wahrscheinlich noch dieses Jahr Parlamentswahlen bevor. Kann die Hadep ins Parlament einziehen? Gibt es Wahlbündnisse?

Unter welchen Bedingungen die Wahlen stattfinden werden, das ist bisher alles unberechenbar. Wir wollen auf jeden Fall ins Parlament.

Die heute herrschenden Kräfte haben ihre Politik mit dem Kampf gegen Terrorismus und Separatismus gerechtfertigt. Ihre Beweise und Erfolge waren die Leichen, die aus Kurdistan kamen. Das ist vorbei. Seit Ende des Krieges ist die Hadep mehr und mehr zu ihrer Zielscheibe geworden. Die Hadep hat erklärt, dass sie gegen eine Teilung des Landes ist und dass sie für eine demokratische Zukunft arbeitet.

Derzeit ist die politische Landschaft in der Türkei in Bewegung geraten. Es gibt viele neue Parteigründungen und -umbildungen. Wir versuchen ein Bündnis mit der SHP und CHP einzugehen. Vielleicht zieht das weitere kleinere Parteien an. Wir würden uns wünschen, dass sich ÖDP, EMEK usw. beteiligen. Wenn das nicht glücken sollte, sind auch andere Bündnisse denkbar, nur nicht mit der DYP und der MHP.

Für die Zukunft unseres Landes sind wir zur Zusammenarbeit mit allen Kräften außer den faschistischen Organisationen bereit. Die Hadep bietet sich dazu als Führungskraft der türkischen Linken an. Durch das Zusammenleben von Kurden und Türken wird zugleich der Staat erneuert werden.

Wie sieht Ihr die Vorbereitungen der USA für einen militärischen Angriff auf den Irak?

Die Türkei will keine Änderung im Irak, d.h. sie will den jetzigen Status quo. Ob wir dagegen sind oder nicht, für die Kurden wird ein solcher Angriff erhebliche Auswirkungen haben. Der Status würde verändert werden. Das wird die Türkei nicht hinnehmen.

Viele europäische Staaten sind gegen einen militärischen Angriff auf den Irak. Man kann und darf Saddams Taten nicht schützen. Aber was käme danach im Irak? Wenn die Türkei mit der USA geht, dann ist eher zu befürchten, dass die Kurden großen Schaden erleiden.



Über 100.000 Menschen demonstrierten am 20. Juli in Genua anlässlich des Jahrestages des G-8-Gipfels und des Todes des von den Carabinieri erschossenen Carlo Giuliani. Aus ganz Italien kamen die Menschen, viele in überfüllten Sonderzügen. Anders als vor einem Jahr hatten auch die Demokratische Linke zur Demonstration und zum Protest gegen den Kurs der Repression und des Staatsterrorismus aufgerufen. Erst kurz zuvor war endlich auch amtlich geworden, dass zahlreiche „Beweismittel“, die die Polizei zur Legitimation insbesondere ihres brutalen Überfalls auf die Diaz-Schule vor einem Jahr vorgelegt hatte, gefälscht waren. Trotzdem laufen gegen viele der damals Festgenommenen die Verfahren weiter.

Ungarn: Nationalistischer Kurs mit Korrekturen

Auch die vor einigen Monaten neu gewählte sozialdemokratische Regierung Ungarns setzt den nationalistischen Kurs der Pflege des „Ungartums“ fort, wenngleich moderater als ihre rechten Vorgänger. Auf der „Ständigen Ungarischen Konferenz“ betont Premier Medgyessy, dass die Regierung sich für das Schicksal der „Auslandsungarn“ verantwortlich fühle. Das von der letzten Regierung verabschiedete Statusgesetz, das die Auslandsungarn enger an Ungarn bindet, solle in den Grundzügen erhalten bleiben, jedoch überarbeitet werden. Insbesondere müssten die Durchführungsbestimmungen mit den Empfehlungen der EU und den Gesetzen der betroffenen Nachbarländer in Übereinstimmung gebracht werden. Der Premier kündigte das Projekt des „Hauses der Ungarischen Nation“ an, das in einem würdigen Rahmen die geschichtlich und kulturell wichtigen Zeugnisse der ungarischen Vergangenheit vorstellen und gleichzeitig den nationalen Zusammenhalt der Ungarn stärken solle.

Serbien: DOS-Bündnis feuert Kostunica-Partei

Die Präsidentschaft des serbischen Parteien-Bündnisses DOS (Demokratische Opposition) hat die Serbische Demokratische Partei (DSS) Kostunicas ausgeschlossen. Tatsächlich wurde damit der seit langem bestehende Bruch zwischen Kostunica und Djindjic nur offiziell vollzogen. Die Auseinandersetzung nimmt teilweise Züge einer Farce an, macht vor allem aber deutlich, dass die Koalition der Kräfte, die Milosevic mit starker ausländischer Unterstützung gestürzt hatte,

keinen Weg zur Entwicklung Serbiens und Jugoslawiens weiß. Im Juni hatte das serbische Parlament 21 Abgeordnete der DSS wegen „ungenügender Präsenz und obstruktiven Verhaltens“ ausgeschlossen; die übrigen DSS-Abgeordneten boykottierten seither die Parlamentssitzungen, Kostunica stellte ein serbisches „Schattenkabinett“ auf. Jetzt hat das jugoslawische Verfassungsgericht entschieden, dass der Ausschluss ungültig ist. Kostunica kündigte an, dass alle 45 DSS-Abgeordneten ins Parlament zurückkehren, vom „Schattenkabinett“ ist nicht mehr die Rede. Hintergrund ist der Kampf um die serbische Präsidentschaft, die demnächst neu gewählt wird. Kostunica scheint in den Ring steigen zu wollen. Derzeit ist er noch Präsident Jugoslawiens. Die EU fordert kategorisch, bis Anfang September eine neue Verfassung für die Föderation „Serbien und Montenegro“ vorzulegen. Beobachter halten diesen Zeitrahmen für völlig unrealistisch, Kostunica anscheinend auch.

Asylsuchende Roma auf der Fahrt nach Großbritannien in der BRD gestoppt

34 Roma-Angehörige, die am 26.7. aus dem mährischen Ostrava mit dem Bus Richtung Großbritannien abgereist waren, um dort Asyl zu beantragen, ist am gleichen Tag an der tschechisch-deutschen Grenze die Einreise verweigert worden. Die deutsche Grenzpolizei machte geltend, dass die Roma nicht genügend Geld bei sich hatten und keine Versicherung vorweisen konnten. Als Grund für ihre Ausreise Richtung Großbritannien hatten die Roma Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und mangelnde Sicherheit in der Tschechischen Republik angegeben.

Aktivitäten der israelischen Friedensbewegung

Bis zu 1000 Israelis haben seit Beginn der zweiten Intifada den Militärdienst in den besetzten Gebieten verweigert, so viele wie nie zuvor. 91 von ihnen wurden zu Militärhaft von jeweils 4-6 Wochen verurteilt. Zur Zeit befinden sich fünf „Refuseniks“ in Haft, das Bild zeigt eine Mahnwache vor einem Militärgefängnis. Die Bewegung der „Refuseniks“ hat jetzt beschlossen, den Siedler-Rabbi Shlomo Aviner wegen Aufforderung zum Mord vor Gericht zu bringen. Aviner hatte in einem in Synagogen verteilten Artikel zu verstehen gegeben, dass ein Soldat, der sich weigert, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun, von seinem Kommandeur wegen Verrat exekutiert werden könnte. Eine erste Anzeige ging bei der Polizei ein, die Refuseniks rufe alle Sympathisanten auf, beim zuständigen Generalstaatsanwalt Rubinstein polizeiliche Ermittlungen gegen Aviner zu fordern. Zu einem Solidaritätskonzert aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der israelischen Friedensorganisation Yesh Gvul („Es gibt eine Grenze“), die das Rückgrat der Refusenik-Bewegung bildet, kamen Mitte Juli über 1000 Menschen. Mehrere Refuseniks, ehemalige Knesset-Abgeordnete, Dichter und Schriftstellerinnen sprachen auf der Kundgebung, Grußbotschaften kamen von Sympathisanten, u.a. Daniel Barenboim und Noam Chomsky.



Nach Massaker: USA vertuschen Beweise

Wie die UNO berichtet, haben die USA nach der Bombardierung einer Hochzeitsgesellschaft, bei der 48 Menschen zu Tode kamen, Beweise vernichtet. Gleich nach dem Angriff aus der Luft rückten Bodentruppen an; Soldaten fesselten einigen Frauen die Hände auf den Rücken, andere beseitigten Granatsplitter und Kugeln, außerdem wurden Blutspuren weggewischt. Der UN-Bericht vermerkt ausdrücklich klare Beweise für die Verletzung von Menschenrechten. Für die Behauptung der US-Armee, ihre Kampfhubschrauber seien vom Boden aus beschossen worden, gibt es der UN zufolge keine Beweise. Der abschließende UN-Bericht über das Massaker liegt noch nicht vor. *Zusammenstellung: scc*

BERLIN. Über 1000 Menschen haben am 20. Juli gegen das Bundeswehrgelöbnis in Berlin demonstriert. Damit folgten dem Aufruf des Bündnisses Gelöbnix6, den 40 Organisationen unterstützten, mehr DemonstrantInnen als erwartet. Auf der Demonstration sprachen unter anderem der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, und die Abgeordnete des Europaparlaments Ilka Schröder. In dem Bericht des Bündnisses heißt es: „Das Ziel der Demonstration, ein öffentliches Gelöbnis zu verhindern, wurde erreicht: Die Verschwörung zum Totschlag fand als geschlossene Veranstaltung hinter einem Schutzwall von Polizei und Feldjägern statt. Die Demonstration musste deshalb knapp 300 Meter vor dem Gelöbnisort enden. Damit wird das Grundrecht auf Demonstrationstfreiheit faktisch ausgehebelt. Die Bundeswehr beansprucht zwar die Öffentlichkeit, fürchtet aber den Widerspruch und stellt so unter Beweis, dass sie mit demokratischen Regeln nichts anfangen kann. Die Berliner Polizei sorgt mit der regelmäßig späten Zustellung von Auflagenbescheiden dafür, dass eine gründliche juristische Überprüfung dieser Auflagen nicht möglich ist. – Eins ist sicher: Wir stören auch nächstes Jahr, ob durch Demonstration oder andere unberechenbare und kreative Aktionen!“

Bündnis Gelöbnix6, Tel. 030/61 07 44 11



Bild: www.arbeiterfotografie.com

Rekordzahlen bei den Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung

VELBERT. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer könnte in diesem Jahr erstmals die Rekordzahl von 200.000 erreichen: Dies ergibt sich aus den Zahlen des ersten Halbjahres. Von Januar bis Juni 2002 wurde mit 93.309 Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung eine neue Höchstmarke erreicht. Im ersten Halbjahr des Vorjahres waren es noch 88.587, mithin rund 5000 weniger. Die zunehmend ablehnende Haltung junger Männer gegenüber der Bundeswehr wird auch dadurch deutlich, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Musterungen rückläufig war: Sie sank von 199.393 im ersten Halbjahr 2001 auf 190.640 in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Erfahrungsgemäß stellen die Musterungsjahrgänge den Hauptanteil der Kriegsdienstverweigerer. Die DFG-VK bewertet es als positives Signal, dass immer weniger Männer dazu bereit sind, in der Bundeswehr zu dienen. „Damit wird auch eine Ablehnung der aktuellen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung ausgedrückt. Viele Kriegsdienstverweigerer schreiben in ihren Begründungen, dass sie die Interventionspolitik der Bundesregierung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Sie erwarten, dass Konflikte und dem Terror mit zivilen Mitteln begegnet wird“, so Eisenhardt.

www.dfg-vk.de

Zweifelhafte Castor-Sicherheit – Ruf nach Transport- und Lagerstopp

GORLEBEN. Angesichts des erneuten Skandals hinsichtlich von Sicherheitsproblemen bei Atommüllbehältern, die am 23.07.02 von der ARD-Sendung „plusminus“ aufgedeckt worden sind, fordern die Umweltverbände den sofortigen Stop aller Atomtransporte in die WAA und aus der WAA sowie die Rück-

nahme der Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager Gorleben! Die Sendung habe aufgezeigt, dass wieder einmal die den Genehmigungen zugrundeliegenden Unterlagen und Berechnungen nicht den Tatsachen entsprechen, möglicherweise könnten die Glaskokillen-Behälter nicht einmal einen Sturz aus 3 m Höhe unbeeinträchtigt aushalten. Auch die Landtagsgrünen und die Kreistagsfraktion der Grünen Liste Wendland (GLW) fordern einen sofortigen Transport- und Einlagerungsstopp für Castor-Behälter in Zwischenlager. Solange die Sicherheitsbedenken nicht widerlegt seien, könne es keine Transporte nach Gorleben geben. Zudem müssten alle Sicherheitsberechnungen offengelegt werden.

www.oneworldweb.de/castor

Richterin „Gnadenlos“ lehnt fünfmal Asylgesuch ab

NEUSTADT A.D. WEINSTRASSE. Am 22. Juli fällt das Verwaltungsgericht Neustadt/Pfalz durch die Einzelrichterin Frau Idelberger an einem einzigen Vormittag fünfmal hintereinander negative Urteile gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Togo. Dabei nahm sie sich durchschnittlich eine Stunde Zeit,

um die Asylbewerber jeweils zu ihren Asylgründen anzuhören und 12 Minuten, um die Entscheidung zu überlegen. Die Anwältin Frau Ginsberg wies die Richterin ausdrücklich darauf hin, dass in Togo weiterhin eine große Verfolgungsgefahr existiert und dass z.B. ein Asylbewerber, den die Richterin abgelehnt hatte, nach seiner Abschiebung in Togo für 8 Monate inhaftiert und mit Elektroschocks gefoltert wurde. Davon unbeeindruckt und ohne erkennbare Regung lehnte sie alle Beweisanträge ab und überbot sich in extremen Urteilen. Das Mannheimer Bündnis gegen Abschiebungen hat die Urteile ausführlich in der Öffentlichkeit kritisiert und fordert das Verwaltungsgericht Neustadt sowie die Richterin nachdrücklich auf, auch Erkenntnisse von Menschenrechts-Organisationen zur Grundlage ihrer Entscheidungen zu machen.

Kommunal-Info Mannheim Nr. 15, Bild: Asylbewerber und Freunde vor dem Verwaltungsgericht Neustadt a.d. Weinstr.

Aktionstag „Gotha zeigt sich“ – ohne Flüchtlinge aus Georgenthal

GOtha. Die BewohnerInnen aus der Landesgemeinschaftsunterkunft (LGU) „Neues Haus“ in Georgenthal konnten nicht an den antirassistischen Straßenfesten am 20.7.2002 in Gotha teilnehmen, obwohl der Verein L'amitié sie zuvor explizit zu ihrem „Sommerfest in West“ eingeladen hatte. Nach Informationen von L'amitié teilte das Landesverwaltungsamt der Landesgemeinschaftsunterkunft einige Tage zuvor per Fax mit, dass die Sicherheit der AsylbewerberInnen am Aktionstag nicht gewährleistet werden kön-



ne. Man möge insofern unterbinden, dass die Flüchtlinge nach Gotha kommen. – Zahlreiche Initiativen, Vereine und Einzelpersonen hatten am 20.7. mit vielfältigen Aktionen erfolgreich ihren Protest gegen die Neonazidemonstration ausgedrückt – die regionale Tagespresse berichtete ausführlich. Auf mehreren Bühnen in der Innenstadt traten Bands auf; es gab Infostände, eine Halfpipe für Skater und vieles mehr. Etwa 150 AntifaschistInnen demonstrierten mittags für ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge und deren Unterbringung in Einzelunterkünften. Begleitet wurde die Demonstration von einem massiven Polizeiaufgebot. Bereits am Vormittag hatten im Augustinerkloster MitarbeiterInnen von MOBIT (Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen) zum Thema „Rechte Ideologie und Strukturen in Süd- und Westthüringen“ referiert. Die Veranstaltung war mit etwa 50 TeilnehmerInnen, darunter viele KommunalpolitikerInnen, gut besucht.

www.mobit.org

Nach rassistischen Anschlägen antifaschistische Demonstration

ROSTOCK. In der Nacht vom 19.07. zum 20.07.2002 wurden im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen drei Anschläge verübt. Betroffen waren zwei Einrichtungen, die von vietnamesischen Mitbürgern betrieben werden, sowie ein Büro der Arbeiterwohlfahrt in der Mecklenburger Allee 19. Dieses Haus war vor 10 Jahren Ziel der weltweit bekannt gewordenen rassistischen Pogrome. Der Verein Lobbi – Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in M-V – geht aufgrund dieser Tatsachen und der aktuellen rechtsextremen Mobilisierungen gegen ausländische Menschen in der BRD davon aus, dass diese Anschläge rassistisch motiviert sind und einen direkten Bezug zu den Ereignissen von 1992 herstellen sollen. Lobbi e.V. hält eine breite gesellschaftliche Solidarisierung mit den Opfern der Anschläge für notwendig. – Am 21. Juli folgten etwa 120–130 überwiegend junge Leute, darunter viele Flüchtlinge, dem Aufruf des Antifaschistischen Jugendbündnis aus Rostock. In zwei Redebeiträgen wurde über die Ereignisse informiert und deutlich gemacht, dass sie ein Zeichen dafür sind, dass noch kein friedliches Miteinander besteht, wie es am 24. August anlässlich des 10. Jahrestages der Pogrome gefeiert werden soll. Auch wurde Bezug auf die geistigen Brandstifter genommen, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit schüren. Die folgende Demo ging zu den Orten der Anschläge von Freitagnacht, zum Sonnenblumenhaus, dem Imbiß und dem Asia-Markt. Von den vielen interessierten AnwohnerInnen äußerten sich einige zustimmend zur Demo, und für die Betroffenen der Anschläge war sie ein erkennbares Zeichen der Unterstützung.

www.links-lang.de

Sommeraktionstage gegen das Bombodrom „10 Jahre FREIE HEIDE“

WITTSTOCK. Am 21.07.02 fand bei Schweinrich die Hauptaktion der Sommeraktionstage FREIE HEIDE 2002 statt. Mit einer gewaltfreien Aktion betonten die Teilnehmer ihre Ablehnung der Pläne des Verteidigungsministeriums, dort einen Luftkriegsübungsplatz zu errichten – u.a. zum Testen von Abstandswaffen aus 4000 Meter Höhe. 15 Teilnehmer, darunter 4 Mitglieder der Musikerinitiative „Lebenslaute“ besetzten dabei einen ehemaligen Kommandoturm der Sowjetarmee, strichen ihn pink an und eröffneten symbolisch mit einem Streichquartett und Informationsmaterialien den „Pink Point Tourismuscenter“. Gegen 8 Uhr morgens erteilte die Bundeswehr den Teilnehmern einen Platzverweis, konnte die Fertigstellung der Einfärbung jedoch nicht verhindern. Zwei Teilnehmer der Aktion wurden von der öffentlichen Straße weg wegen Nichtbeachtung des Platz-

lebende) Kazuo Soda kommt in einem Interview zu Wort und erinnert sich an die furchtbarsten Tage seines Lebens. Doch die Broschüre soll auch Hoffnung machen: Viele Menschen in aller Welt engagieren sich, damit sich die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki niemals wiederholen. Die bunten gefalteten Papierkraniche sind ein Symbol geworden für diese Hoffnung. Die Broschüre kann für 5 Euro in der IPPNW-Geschäftsstelle bestellt werden. www.ippnw.de

Demonstration am 31. August gegen das „Collegium Humanum“

VLOTHO. Schon seit Jahrzehnten können sich faschistische Organisationen in Vlotho (NRW), im Collegium Humanum (CH) in der Bretthorststraße 204, auf dem Winterberg treffen. Seit gut zwei Jahren nutzen wieder verstärkt unterschiedliche Gruppen der extremen Rechten, die ehemalige Heimvolkshochschule als Veranstaltungsort. Das Collegium knüpft damit an seine Bedeutung in den 1980er und frühen 1990er Jahren an, als in ihm bundesweite Treffen der extremen Rechten stattfanden. Durch seine Bildungsarbeit versucht das CH, völkisch-nationalistische Wertevorstellungen vom rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren. Trotz Protesten von AntifaschistInnen und BürgerInnen fungiert das CH noch immer als Koordinationszentrum im Netzwerk rechtsradikaler und

neofaschistischer Gruppen und Organisationen. Junge Linke Herford, DGB Ortskartell Vlotho, AKE e.V., DIG Vlotho, verdi Bezirk, Kultur Kooperative Vlotho, Ladengruppe Infoladen Anschlag Bielefeld, AG Fossoli, Bezirk SchülerInnenvertretung Herford, Junge Linke Bielefeld, Grüne Liste Vlotho, Antifa Schaumburg, IG Metall Herford, U+D e.V. rufen für den 31. August deshalb zu einer Demonstration auf, ab 12 Uhr beim Vlothoer Bahnhof. www.nadir.org/nadir

10 JAHRE FREIE HEIDE

24. - 25. August in Schweinrich

Samstag 24. August 2002 „Rund ums Bombodrom“

9.00 Fahrradtour ab Schweinrich (mit 4 Stunden)
 10.00 Auto- und Motorradkessel ab Frankendorf
 13.30 Pressesprache mit Bischof Dr. Huber (Bischof Brandenburg)
 14.00 „Krieg und Bombodrom“
 18.30 „The Old Man Skiffels Band“ (Jazzband Schweinrich)
 20.00 „Neues Glas aus alten Siedern“ (Jazzband Schweinrich)

Sonntag 25. August 2002

14.00 77. Protestwanderung Kirche Schweinrich gegen Besetzung Flur (Christiane Hubert, Nicole Lohse)
 14.30 Wanderung zur Wiese der 1. Veranstaltung von 19
 15.00 Begrüßungsrede
 15.00 Orchesterkonzert der „Musikakademie Romsberg“ (Jugendchor für den Konzert, Kirche Hachen Zehn)

10 Jahre erfolgreicher Widerstand gegen das Bombodrom

Kontakt: Bodo Meyer Tel. 002931 22381 www.freie-heide.de

verweises für ca. 8 Stunden in polizeiliches Gewahrsam genommen, als sie das Geschehen noch einmal begutachten wollten. Um 11 Uhr fand dann eine Kundgebung mit Mitgliedern der Bürgerinitiative FREIE HEIDE am Ortsausgang von Schweinrich statt. Die Teilnehmer laden alle ein, am 24./25. August zum zehnten Jahrestag der Bürgerinitiative das Ergebnis der Sommeraktionstage zu begutachten. www.freie-heide.de

Neue Broschüre der deutschen IPPNW zu Hiroshima – Nagasaki

BERLIN. Am 6. August jährt sich der Hiroshima-Tag zum 57. Mal. Am 9. August ist der Jahrestag der Atombombenexplosion über Nagasaki. Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) hat eine neue 20-seitige Hiroshima-Nagasaki-Broschüre zu den Folgen der Atombombenabwürfe erstellt. In auch für Laien verständlicher Sprache und mit zahlreichen Bildern werden der historische Kontext, die direkten Schäden durch die Atomexplosion und die gesundheitlichen Spätfolgen durch die radioaktive Strahlung dargestellt. Der Hibakusha (Über-

Demonstration am 17. August gegen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch

WUNSIEDEL. Am 17. August rufen antifaschistische Gruppen zu einer Demonstration und anschließend „Rock gegen rechts“ in Wunsiedel auf. In der „Reihe antifaschistischer Texte“ ist rechtzeitig zu den Aktionen eine ausführliche Broschüre erschienen: „Der Mythos stirbt zuletzt“. In den Beiträgen wird der „Mythos Heß“ entzaubert. Besonderes Augenmerk legen die AutorInnen auf die antifaschistische Gegenwehr. Bezug gegen Vorkasse (3 Euro+1 Euro Versand) bei: rat c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. [lbh](mailto:lbh@schwarzmarkt.de)

Für die breite Öffentlichkeit überraschend ereilten die Gewerbesteuerausfälle jetzt auch die Landeshauptstadt München. Wir dokumentieren einen Redebeitrag, den die PDS-Stadträtin Brigitte Wolf dazu auf dem jährlichen Fest der Solidarität gehalten hat.

„Die Risiken der Globalisierung schlagen auf kommunale Haushalte durch“

Liebe Besucherinnen und Besucher des Festes der Solidarität, die Schlagzeilen der Münchner Zeitungen stimmen uns in den letzten Wochen auf anstehende Kürzungen der städtischen Leistungen ein.

Warum? Die Risiken der Globalisierung schlagen auf kommunale Haushalte durch.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in den letzten vier Jahren einiges getan, damit die deutsche Wirtschaft auf dem globalen Markt leichter und risikofreudiger agieren kann. Ich will hier nur zwei Dinge nennen:

1. Die Steuerbefreiung auf Veräußerungsgewinne soll es der „Deutschland-AG“, der Verflechtung von Banken, Versicherungen und den großen Konzernen, erleichtern, sich von unproduktiven Konzernteilen zu trennen oder schneller nicht

weiterverfolgte Konzernstrategien zu wechseln.

Dadurch sollen die Konzerne handlungsfähiger im internationalen Wettbewerb werden.

2. Die globalen Konzerne können jetzt Verluste, die sie irgendwo auf der Welt einfahren, mit den Gewinnen, die hier erwirtschaftet werden, verrechnen.

Ein gewollter Effekt ist, dass die Konzerne weltweit höhere Risiken eingehen können – denn einen großen Teil etwaiger Verluste tragen ja die Steuerzahler hier. Man kann diesen Mechanismus auch mit wahnwitzig aufgeblähten Hermesbürgschaften vergleichen – nur dass dafür kein politischer Beschluss mehr nötig ist.

Ziel dieser Maßnahmen war natürlich nicht, dass die Konzerne gar keine Steu-

ern mehr zahlen. Vielmehr war die Hoffnung, dass die deutsche Wirtschaft weltweit aggressiver und vor allem profitabler agiert und letztendlich dadurch auch mehr Steuern im Staatshaushalt landen. Dieses Kalkül ist aber bisher nicht aufgegangen – und mir scheint auch, das daraus in absehbarer Zeit nichts wird.

Was hat das jetzt mit dem Münchner Haushalt zu tun?

Die Krise im Münchner Haushalt ist vor allem ein Einnahmekrise. Die Gewerbesteuer betrug im Jahr 2000 1.129 Millionen Euro. Für 2002 werden nach letzten Schätzungen nur mehr Einnahmen von 1.010 Millionen Euro erwartet. Dies ist ein Rückgang von mehr als 10 Prozent. Gleichzeitig wurde der Prozentsatz erhöht, den die Stadt von der Gewerbesteuer an Bund und Land abführen muss. Neben der schleppenden Konjunktur schlägt damit die gewünschte Risikofreude des Kapitals auf den Münchner Stadthaushalt durch – um so mehr, als hier viele weltweit agierenden Konzerne ihren Sitz haben.

Wie reagiert Rot-Grün im Stadtrat?

1. Alle Städte und Gemeinden erhoffen sich von der anstehenden Reform der Kommunalfinanzierung höhere und verlässlichere Einnahmen – München geht davon aus, dass es auch hier vorne mit dabei wäre.

Städtetag

Städte fordern ein Investitionsprogramm des Bundes als Soforthilfe

Köln/Berlin, 29. Juli 2002. Vor dem Hintergrund der schweren Finanzkrise vieler Städte fordert der Deutsche Städtetag als Sofortmaßnahme nicht nur eine Rücknahme der Erhöhung des Anteils von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer, sondern auch ein Investitionsprogramm des Bundes für die kommunale Infrastruktur. „Mit Investitionshilfen des Bundes könnten besonders Not leidende Städte in Ost und West kurzfristig endlich wieder mehr für die Infrastruktur investieren, für die Sanierung von Schulen, für die Erhaltung von Straßen und Brücken oder für die Abwasserentsorgung“, erklärte heute die amtierende Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Zur Begründung verwies sie auf die strukturellen Probleme vieler Städte mit hohen Haushaltsdefiziten, auf die dramatischen Einbrüche der Gewerbesteuer im Jahr 2001 und im ersten Halbjahr 2002 sowie auf den Verfall der kommunalen Investitionen. Die Investitionen der Kommunen seien seit 1992 drastisch um ein Drittel gesunken, sie lägen 2002

voraussichtlich bei 22,6 Milliarden Euro und damit um mehr als 11 Milliarden Euro niedriger als vor zehn Jahren. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, so Frau Roth, spürten die Folgen dieser Entwicklung: Schulen könnten nicht mehr saniert, Straßen nur noch notdürftig geflickt werden, wichtige soziale Angebote schrumpften zusammen.

„Für die Bauwirtschaft, die Konjunktur, für den Arbeitsmarkt in Deutschland ist der Rückgang der kommunalen Investitionen mehr als schädlich. Dieser negative Trend muss so schnell wie möglich gebrochen werden“, sagte Frau Roth. Sie verwies auch auf eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), wonach der kommunale Investitionsbedarf gewaltig ist: Für die zehn Jahre von 2000 bis 2009 wird er auf rund 665 Milliarden Euro geschätzt.

Für gerechtfertigt hält der Städtetag seine Forderung nach Investitionshilfen des Bundes nicht zuletzt deshalb, weil die Städte und Gemeinden durch die steuerliche Abschreibung der Kaufsumme für die UMTS-Mobilfunklizenzen Steuerverluste in Höhe von insgesamt mehr als fünf Milliarden Euro erleiden, während der Bund hohe Einnahmen dadurch verzeichnet.

Verhalten optimistisch kommentierte der Deutsche Städtetag den Bericht des

„Tagesspiegel“ (Sonntag), wonach die Kommunen durch die Vorschläge der Hartz-Kommission finanziell entlastet werden sollen. „Wenn die Hartz-Kommission am Ende dafür plädiert, die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger tatsächlich aus der Sozialhilfe herauszunehmen und für sie die Instrumente der Arbeitsförderung gelten sollen, würde das den Sozialhilfeempfängern helfen, im Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Das wäre ein großer Fortschritt, der unseren Forderungen entspricht“, sagte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des kommunalen Spitzenverbandes, Monika Kuban. Einschränkend fügte sie jedoch hinzu, der Städtetag warte zunächst den Endbericht der Kommission ab: „In der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen muss dann außerdem abgesichert werden, dass diese finanzielle Entlastung wirklich den Kommunen zugute kommt. Denn die Städte brauchen sowohl stabilere Einnahmen als auch eine deutliche Entlastung bei den Sozialausgaben“, betonte Frau Kuban. Sie verwies darauf, dass die kommunalen Sozialausgaben in den vergangenen zehn Jahren um ein Drittel auf rund 28,5 Milliarden Euro gestiegen seien. Hinzu kommen die Sozialausgaben der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

www.staedtetag.de

2. Durch demonstrative Schulschließungen wird versucht, den Freistaat Bayern und die Umlandgemeinden zu einer höheren Beteiligung an den Personalkosten der Lehrkräfte zu bewegen – von Rücksichtnahmen auf die Lebensplanung der Betroffenen ist hier wenig zu merken.

3. An den im Vergleich zu anderen Städten sehr hohen Sachinvestitionen wird bisher eisern festgehalten – auch wenn dies eine riesige Nettoneuverschuldung in den nächsten Jahren bedeutet. Die Hoffnung ist, dass München dann an einem etwaigen Aufschwung wieder überproportional beteiligt ist. Dass das auch schief gehen kann, wird erst mal ausgeblendet.

4. Gespart werden soll aber auch – und zwar von 2002 bis 2006 insgesamt 140 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt der Stadt. Das Schulreferat soll 50 Millionen Euro einsparen, das Sozialreferat 33 Millionen. Daraus resultieren die Streichkonzerte, die in den letzten Tagen durch die Presse gehen: Schulschließungen sind in der Diskussion, Krippenplätze sollen teurer werden. Sozialhilfeempfänger/innen sind mit 10 Millionen Euro direkt dabei, weil der Regelsatz nur um die Hälfte des jeweils Möglichen erhöht werden soll. Vielen Initiativen und Projekten, die bisher unterstützt wurden, werden die Gelder gekürzt oder auch ganz gestrichen. Dies sind nur einige wenige Beispiele. Die soziale Infrastruktur der Stadt wird damit empfindlich gestört, das Engagement vieler wird abrupt entwertet, jahrelange Investitionen in das kulturelle Kapital werden schlagartig zerstört.

Und was hat das wieder mit Solidarität zu tun?

Viele der von Kürzungen Betroffenen protestieren mit guten Gründen beim Stadtrat. Stadtrat/innen, denen einzelne Projekte besonders wichtig sind, gehen in den Etats der einzelnen Referate auf die Suche nach Einsparmöglichkeiten, die ihnen nicht so wichtig erscheinen. Es geht also damit auch immer um die Bewertung von ganzen Teilbereichen der städtischen Gesellschaft: Frauenprojekte gegen Migrations- und Jugendprojekte, Schulen gegen Grünwalder Stadion.

Die Gefahr besteht, dass hier hinter den Kulissen – oder auch offen – ein Hauen und Stechen ausbricht. Nötig wäre es jedoch, die herrschende Ausgangstheorie kritisch zu hinterfragen: Investitionen in das Sachkapital sind allemal wichtiger für den Wohlstand und die Entwicklung einer Stadt als Investitionen in die soziale Infrastruktur. Erst wenn dieser Ansatz in der öffentlichen Debatte an Wirkung verliert, kann es gelingen, die Gewichte im städtischen Haushalt entsprechend zu verschieben, damit Kürzungen im sozialen Bereich zu verhindern und das Ziel einer solidarischen Stadt weiter zu verfolgen. •

Deutscher Städte- und Gemeindebund: Kommunale Investitionskraft stärken! Senkung der Gewerbesteuerumlage dringlicher denn je Ohne kommunale Investitionen keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Der beispiellose Absturz der Gewerbesteuer sowie die steigenden Sozialausgaben haben die Kommunen zu einem konjunkturschädlichen und vor Ort inzwischen unübersehbaren Verzicht auf Investitionen gezwungen. „Noch bevor eine Gemeindefinanzreform wirkt, müssen die kommunalen Finanzen stabilisiert werden; angesichts der unerwartet hohen Steuerausfälle ist insbesondere die Anhebung der Gewerbesteuerumlage zu Gunsten von Bund und Ländern unangemessen und muss schleunigst zurückgenommen werden“, sagte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, heute in Berlin.

Landsberg erwiderte damit den Äußerungen des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Ludwig Stiegler, dieser habe am Dienstag in München offenbar den Ernst der kommunalen Finanzlage verkannt. Stiegler hatte eine Änderung der Gewerbesteuerumlage ablehnt und die Kommunen darauf verwiesen, sich selbst zu helfen. Landsberg hielt dem entgegen, das angesichts der Dimension der kommunalen Finanzkrise Sparappelle allein nicht ausreichen: „Ohne Gesetzesänderungen fehlt den Gemeinden die Investitionskraft, die die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum ist.“ Die meisten Städte und Gemeinden kürzen seit Jahren die Ausgaben und veräußerten Vermögen, um nicht unter dem Druck der Kommunalaufsicht den letzten finanziellen Spielraum zu verlieren. So haben einige Kommunen bereits leidige Erfahrungen mit Haushaltssicherungskonzepten gemacht. In dieser Situation brachen nun die Steuereinnahmen in unerwartet starkem Maße weg: 2001 sank das Aufkommen aus der Gewerbesteuer (netto) um gut 11,5%. Im gleichen Jahr war auch das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (– 4,2%) rückläufig und die Länder kürzten ihre Investitionszuweisungen an die Kommunen um 3,7%. 2002 erhalten Städte und Gemeinden laut neuester Steuerschätzung 3 Mrd. Euro weniger Steuereinnahmen als zwei Jahre zuvor. Die Steuerbeiträge der Unternehmen zur Finanzierung kommunaler Aufgaben sind auch ab 2003 nicht planbar. Den Städten und Gemeinden fehlt oft der elementarste Handlungsspielraum. Das Potential für weitere Ausgabenkürzungen ist vielerorts erschöpft. Wäh-

rend das Ausgabenniveau von Bund und Ländern kräftig gestiegen ist, befinden sich die Ausgaben der Kommunen zurzeit unter dem Niveau von 1993. Dabei sind viele Ausgaben, wie z.B. die für soziale Leistungen durch Gesetze vorgegeben und im Fall der Ausgaben für soziale Leistungen z.B. seit 1992 um rund 30% gestiegen. Da das Haushaltsrecht eine hohe Verschuldung untersagt, kürzen die Gemeinden notgedrungen immer mehr bei den Investitionsausgaben. Diese müssten jedoch erheblich steigen, um den angestiegenen Investitionsrückstand abzubauen und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen: jeder öffentlich investierte Euro verursacht über drei Euro privater Investitionen. Dagegen waren die Kommunen gezwungen, ihre Investitionen seit 1992 um ein Drittel zu kürzen. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur eine umfassende Reform der Gemeindefinanzen unverzichtbar, zu deren Zweck kürzlich eine Kommission einberufen wurde.

Dr. Landsberg mahnt zur Eile: „Da eine Gemeindefinanzreform erst in Jahren wirkt, ist zur Stärkung kommunaler Investitionskraft und zur Erhaltung kommunaler Einrichtungen vorab eine Soforthilfe unverzichtbar. Dies ließe sich am einfachsten mit einer Senkung der Gewerbesteuerumlage erreichen“. Mit dem unerwartet schlechten Verlauf der kommunalen Einnahmen ist die Geschäftsgrundlage für die Anfang 2001 und 2002 erfolgten Anhebungen der Gewerbesteuerumlage entfallen. Diese Erhöhungen sollten ursprünglich Städte und Gemeinden angemessen an den Steuereinkünften des Steuersenkungsgesetzes beteiligen. Doch es kam anders: Teile der Gegenfinanzierung dieses Gesetzes wie die Branchen-Abschreibungstabellen wurden verschoben. Die Einnahmeprognosen mussten für Kommunen stärker als für Bund und Länder nach unten korrigiert werden. Dies begründet die Forderung, diese Umlage, mit der sich Bund und Länder an der Gewerbesteuer der Städte und Gemeinden bedienen, wieder zu senken. „Um schneller aus der Talsohle herauszukommen, sollte daneben ein kommunales Investitionsprogramm des Bundes insbesondere für die ostdeutschen Kommunen aufgelegt werden. Dies würde kurzfristig den Arbeitsmarkt beleben und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen“, so Landsberg.

(c) DStGB, Berlin, 24.7.02. www.dstgb.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund. Die Mitgliedsverbände:

• Gemeindetag Baden-Württemberg • Bayerischer Gemeindetag • Städte- und Gemeindebund Brandenburg • Hessischer Städte- und Gemeindebund • Hessischer Städtetag • Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern • Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund • Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen • Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz • Städtetag Rheinland-Pfalz • Saarländischer Städte- und Gemeindetag • Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt • Sächsischer Städte- und Gemeindetag • Städtebund Schleswig-Holstein • Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag • Gemeinde- und Städtebund Thüringen

Portosenkung darf nicht zu Leistungsabbau führen:

BERLIN. Der Deutsche Landkreistag (DLT) warnt davor, die von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post verordnete Portosenkung zum 1. Januar 2003 dazu zu nutzen, ihr bürgerfreundliches Dienstleistungsangebot einzuschränken. Sollte die Deutsche Post AG mit ihren Kostensenkungsplänen ernst machen, so würde nach DLT-Auffassung die noch vor kurzem von allen begrüßte Entscheidung der Deutschen Post AG, aufgrund der geänderten Vorgaben der Post- und Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) über 300 neue ortsfeste Postfilialen im ländlichen Raum einzurichten, konterkariert. Auch den angedachten Abbau weiterer Briefkästen hält der kommunale Spitzenverband als Instrument der Kosteneinsparung für völlig ungeeignet. Bereits die jetzt in der PUDLV für Wohngebiete vorgeschriebene Regellentfernung von 1000 m zum nächsten Briefkasten wird vom DLT als zu hoch bezeichnet. Die kommunalen Spitzenverbände hatten sich seinerzeit für eine Höchstentfernung von 500 m ausgesprochen. www.landkreistag.de

Bürgerbegehren sterben Quorums-

tod: DÜSSELDORF. Der kommunale Bürgerentscheid muss reformiert werden. Das ist die Quintessenz eines Briefes, den Ministerpräsident Clement am 24. Juli von der Bürgeraktion Mehr Demokratie erhielt. Der Verein fordert in seinem Schreiben unter anderem die Verringerung der umfangreichen Themenverbote für Bürgerbegehren. So sollen Begehren auch zu Vorhaben möglich sein, die einem Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung unterliegen. „Es ist geradezu widersinnig, dass Gegenstände, die von so allgemeinem Interesse sind, dass Bürgerinnen und Bürger dazu angehört werden, dem Bürgerentscheid entzogen werden“, erklärte NRW-Geschäftsführer Daniel Schily. Er verwies darauf, dass z.B. über den Bau der umstrittenen Kölner Müllverbrennungsanlage deshalb kein Bürgerentscheid möglich gewesen sei. Mehr Demokratie kritisierte auch, dass die Bauleitplanung ebenfalls dem Bürgerentscheid entzogen ist. In Bayern habe jedes dritte Bürgerbegehren Bauleitplanungsfragen zum Thema. Demokratiepolitisch bedenklich findet Mehr Demokratie zudem das „unechte Scheitern“ zahlreicher Bürgerbegehren am Zustimmungsquorum. Unabhängig von der Abstimmungsbeteiligung muss in NRW jeder fünfte Abstimmungsberechtigte ein Begehren unterstützen, damit eine Abstimmung Gültigkeit erlangt. „Auch nach der Absenkung des Quorums von 25 auf 20 Prozent im Jahr 2000 hat das Sterben am Quorumstod nicht aufgehört“, stellte Schily fest. Die von allen

gewünschte höhere Abstimmungsbeteiligung könne man erreichen, indem man z.B. Benachrichtigungen verschicke, eine Briefabstimmung ermögliche, mehr Abstimmungslokale zur Verfügung stelle oder Bürgerentscheide mit Wahlen zusammenlege.

www.mehr-demokratie.de/nrw

Streit um Kataster für Mobilfunk-

anlagen: FRANKFURT A.M. Das Frankfurter Kommunalparlament hatte am 13.12.2001 durch Beschluss auf Antrag der Fraktion der Grünen den Magistrat aufgefordert, ein Kataster über die Standorte von Mobilfunkanlagen unter Nennung der jeweiligen Betreiber im Stadtgebiet vorzulegen und regelmäßig fortzuschreiben. Ein halbes Jahr später lehnte der Magistrat die Umsetzung des Beschlusses ab und begründete dies mit datenschutzrechtlichen Bedenken. Die PDS-Fraktion hat diese Argumentation in einem Antrag vom 5. Juli 2002 zurückgewiesen und verlangt die Realisierung des Beschlusses vom Dezember. Antragsteller Dr. Eberhard Dähne äußert den Verdacht, dass der Datenschutz nur vorgeschoben wurde, um eine kontroverse Debatte über kontroverse Standorte zu verhindern. Er weist darauf hin, dass die Standortdaten der Sender kürzlich von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post an die Kommunen übermittelt wurden und die Mobilfunkbetreiber sich bereit erklärt hatten, diese Daten an die Kommunen weiter zu geben. Städte wie Nürnberg, Paderborn, Mühlheim an der Ruhr, Kassel und Darmstadt haben sie bereits veröffentlicht. *ola*

Hilfsprojekt für ehemalige Zwangs-

arbeiter angelaufen: KÖLN. Im September 2000 hatte der Rat beschlossen, ein Hilfsprogramm für ehemalige ZwangsarbeiterInnen in der Kölner Partnerstadt Wolgograd aufzulegen. Mit der Realisierung des Programms wurde der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd beauftragt. Nachdem nun die schwierigen Vorarbeiten abgeschlossen sind, kann endlich die Hilfe anlaufen. Etwa die Hälfte der 2000 ehemaligen ZwangsarbeiterInnen ist inzwischen in einer Datenbank erfasst. Diese enthält zum Beispiel Angaben über Krankheit, besondere Not etc. Um die Betreuung und Pflege kümmern sich derzeit eine Ärztin, zwei Krankenschwestern und zwei Sozialarbeiter. Außerdem soll ein ehrenamtlicher Besucherdienst organisiert und für alleinstehende, schwer kranke oder bettlägerige Personen ein Telefonanschluss finanziert werden. Insgesamt steht bei dem fünfjährigen Projekt, für das der Kölner Rat 127,687,45 Euro bewilligt hat, der Gedanke „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Vordergrund. *Lokalberichte Köln 15 Zusammenstellung: baf*

ver.di fordert von Neukauf die Rücknahme der Strafaktion

Die „betroffenen Betriebe von der Privatisierungsliste zu nehmen und sich bei den Beschäftigten zu entschuldigen“, forderte in einem Brief Franziska Wietbold, Mitglied des Bundesvorstandes der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), von der Neukauf Ingolstadt GmbH.

Dem Unternehmen wirft die Gewerkschaft vor, alle Betriebe, die im Rahmen der diesjährigen Tarifrunde im bayerischen Einzel- und Versandhandel bestreikt wurden, auf eine sogenannte „Privatisierungsliste“ gesetzt zu haben. Damit seien diese Betriebe mit den Beschäftigten zum Verkauf an Dritte freigegeben. Bei ver.di wird dies als ein „ungeheurer Vorgang“ gewertet, der „massiv die demokratischen Grundrechte der Beschäftigten“ verletze.

Die ver.di-Tarifkommission für den bayerischen Handel hat „mit Verärgerung und Wut“ das Verhalten der Neukauf GmbH verurteilt. „Es macht uns fassungslos, wie der Vorstand eines großen Einzelhandelsunternehmens mit Menschen umgeht, die ihre demokratischen Grundrechte wahrnehmen“, heißt es in einer Resolution der Tarifkommission.

Bundesweiter Streik bei WalMart

Margret Mönig-Raane: WalMart soll Tarifvertrag unterschreiben: „Wir machen so lange weiter bis WalMart einen Anerkennungstarifvertrag unterschreibt“, kündigte Margret Mönig-Raane, stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), am 26. Juli vor 1200 Streikenden auf einer Kundgebung in Wilhelmshaven an. Heute und morgen sind die Beschäftigten von WalMart von ver.di bundesweit zum Streik aufgerufen. An diesem Streikbeteiligten sich heute bis jetzt 2000 Beschäftigte. Zu einer weiteren Kundgebung haben sich in Esslingen etwa 400 Beschäftigte versammelt.

Schlecker-Betriebsräte und ver.di kämpfen für eine bessere Besetzung der Filialen

Der Euro kommt die Beschäftigten im Einzelhandel teuer zu stehen. Einen „still und leise vorgenommenen Teuro-Effekt zu Lasten der Beschäftigten“ registrieren die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der neu gewählte Gesamtbetriebsrat des Drogerieriesen Schlecker. Trotz chronischer personeller Unterbesetzung der rund 10 000 Schlecker-Filialen habe die Schlecker-Unternehmensleitung die Umsatzvorgaben für den Personalschlüssel mit der Euro-Einführung deutlich nach oben geschraubt. „Plötzlich sollte pro Filiale bis zu 1000

Schwierige Manöverkritik

Rund 50 Funktionäre der Esslinger IG Metall trafen sich am 17. Juli zu einer Auswertung der letzten Tarifausschusssetzung. Die Diskussion sollte dem Verlauf – Aufstellung der Forderung, Verhandlungen und Streik, Ergebnis, Konsequenzen, u.a. Frage der Differenzierung in Tarifverträgen – folgen.

Manche Diskussionsredner, auch Mitglieder der Großen Tarifkommission, sahen bei der Aufstellung der Forderung Fortschritte im demokratischen Verfahren. Verschiedenen Rednern war allerdings auch die Forderung von 6,5% von Anfang an zu niedrig. Insofern zeigte sich hier nochmals das Problem, unterschiedliche Erwartungen (von ca. 5% bis zweistellig) in einer einheitlichen Forderung zusammenzuführen.

Ein zusätzliches Problem der Diskussion war die Zusammensetzung der Teilnehmer. Funktionäre aus weniger gut gehenden oder ausgesprochen krisenhaften Unternehmen kommen nicht auf die Funktionärskonferenz oder greifen jedenfalls nicht in die Diskussion ein. So spiegelte die teils sehr kritische Diskussion auch nicht einfach die betrieblichen Debatten um Forderung und Abschluss wider.

Die Esslinger Delegiertenversammlung hatte sich ursprünglich für eine Forderung von 9,5% ausgesprochen und war damit nach Einschätzung des 1. Bevollmächtigten in der Tarifkommission „voll daneben“ gelegen. Eine Diskussion über diese problematische Erfahrung kam aber nicht zustande.

An den tageweisen Streiks waren in der Verwaltungsstelle Esslingen die Firmen Index, Traub und DaimlerChrysler Mettingen beteiligt. In der Diskussion wurde deutlich, dass etliche frühere „A-Betriebe“ (also wegen ihres guten Organisationsgrads erste Anwärter auf eine Streikbeteiligung) heute nicht mehr in diese Kategorie fallen oder sogar nicht mehr existieren. Mancher Diskussionsredner hätte gern den eigenen Betrieb im Streik gesehen, aber nicht jeder war sich sicher, dass der Streik dort auch zum Stehen gekommen wäre.

Allgemein kritisiert wurde die Herausnahme der Auszubildenden aus den Streikaktionen (sie wurden zu eigenen landesweiten Azubi-Aktionen aufgerufen). Es war einfach eine schlechte Erfahrung, dass z.B. bei Index in Esslingen die Auszubildenden an den Streikposten vorbei in den Betrieb gingen, weil die Streikleitung in Baden-Württemberg so entschieden hatte.

Verglichen mit der teilweise sehr kritischen Diskussion über den Verlauf war

öffentlich ist wesentlich

stoppt den Ausverkauf

Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Wollen Sie künftig

- ☛ ein Gesundheitswesen, das sich um das Wohl der Patienten kümmert und nicht darum, welche/r Patient/in am meisten Gewinn abwirft?
- ☛ einen öffentlichen Personennahverkehr, der Sie pünktlich und verlässlich in allen Stadtteilen befördert?
- ☛ Kindergärten und Ganztageseinrichtungen, die Sie sich leisten können, auch wenn Sie nicht zu den besser Verdienenden gehören?

- Menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung statt Niedriglohn
- Versorgungsqualität und soziale Sicherheit für alle Einwohner/innen
- Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

ver.di

ver.di Bezirk Stuttgart

„Öffentlich ist wesentlich – stoppt den Ausverkauf!“ Am Freitag, den 12.7.02, präsentierten Beschäftigte und Mitglieder von ver.di die Ämter der Stadt Stuttgart aus Beschäftigtensicht. Hauptthemen waren Arbeitsbedingungen und Protest gegen die geplanten Sparmaßnahmen. Jeder präsentierte Dienst war auch mit einem entsprechenden Flugblatt vertreten. So wird z.B. im Jugendamt, wie bereits berichtet, die Essensversorgung der Kindertagesstätten ins Visier der „Sparer“ genommen. Im Flugblatt hieß es dazu: „Aktuelle Sparpläne der Stadt Stuttgart sehen vor, die Essensversorgung der Tageseinrichtungen für Kinder an private Massenversorger zu vergeben. Dies ausgerechnet zu Zeiten, in denen ein Lebensmittelkandal den anderen jagt. Wir sind uns sicher, dass der Weg in eine industrielle Massenversorgung vor dem Hintergrund einer landwirtschaftlichen Produktionskrise nicht der richtige Schritt sein kann. Die Abhängigkeit von Großproduzenten nimmt den Entscheidungsspielraum, auf aktuelle Krisen in der Essensherstellung selbständig reagieren zu können.

Qualität beim Essen heißt auch Vielfalt und Abwechslung. Es ist kein qualitativer Fortschritt, wenn irgendwann die Tortellini für die Kinder zwischen Lübeck und Konstanz alle gleich schmecken. Auch wenn in unseren Küchen bis zu 500 Essen am Tag entstehen, gilt für uns der Grundsatz: Bei uns wird Essen nicht produziert, sondern gekocht!... **Wir geben unseren Kochlöffel nicht ab!**“ (mok)

Euro mehr Umsatz im Monat erwirtschaftet werden. Dabei sehen die Kunden beim Betreten der Filialen zwar auf Anhieb 4500 Artikel, jedoch fast nie eine Verkäuferin“, beschrieb die neue Gesamtbetriebsratsvorsitzende Birgit Berger die Situation in den Filialen. Inzwischen hat der Gesamtbetriebsrat erreicht, dass die Geschäftsleitung diesen versteckten Personalabbau voll und ganz rückgängig machen musste.

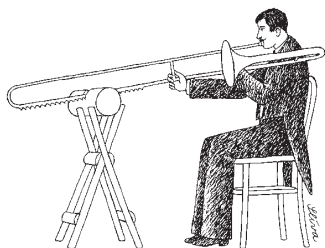
Der Großteil der rund 37 000 Schlecker-Beschäftigten arbeite ohnehin nur 20 oder 18 Stunden in der Woche. Selbst Filialleitungen würden neuerdings als Teilzeitkräfte beschäftigt. Bei Schlecker

seien fast ausschließlich Frauen beschäftigt. „Die Besetzung der Filialen zu verbessern ist das Ziel von Gesamtbetriebsrat und ver.di“, sagte Birgit Berger. „Ständige Unterbesetzung und das Alleinsein in der Filiale macht die Beschäftigten körperlich krank. Sie sind besonders gefährdet bei Überfällen und Unfällen und wegen fehlender Sozialkontakte am Arbeitsplatz extremer psychischer Belastung ausgesetzt. Wir brauchen in einem der wirtschaftlich erfolgreichsten Unternehmen in dieser Republik mindestens eine regelmäßige Besetzung mit zwei Beschäftigten in den Filialen“, forderte Birgit Berger. (PM)

die Diskussion über das Ergebnis relativ kurz. Manchen war das Ergebnis zu niedrig bzw. es war ihnen einfach nicht lange genug gekämpft worden. Allerdings blieb die Frage ausgeklammert, wie lange die eintägigen Streiks überhaupt hätten weitergeführt werden können. Es gab Anzeichen, dass das nicht mehr sehr lange so möglich gewesen wäre. Wer mag sich zum dritten oder vierten Mal (einschließlich der Warnstreiks vielleicht zum vierten oder fünften Mal) zu einer eintägigen Streikaktion aufrufen lassen? Diese Erfahrung zeigt auch: Die veränderte Rechtsituation – kein Kurzarbeitergeld für kalt Ausgesperrte bei Fernwirkungen eines Arbeitskampfs – kann nicht einfach durch eine pfiffige Streiktaktik überspielt werden. Die Gewerkschaften können sich mit dieser Rechtslage nicht abfinden, sondern müssen sich bei Strafe ihrer Schwächung für eine politische Korrektur beim Kurzarbeitergeld einsetzen.

Beim Ergebnis wird die weitgehende Durchsetzung des gemeinsamen Entgelt-rahmentarifs ERA (die letzten Einzelheiten sollen bis Jahresende ausverhandelt sein) allgemein als wichtiger Erfolg eingeschätzt. Es gab aber auch Fragen: Was wird aus den recht guten Löhnen in der Gießerei von Daimler, wenn künftig Belastungen nicht mehr wie bisher mit Zuschlägen ausgeglichen werden? Wie wird das künftige Lohnniveau beim Maschinenbauunternehmen Heller sein, dessen heutige Löhne als gut eingeschätzt werden?

Schließlich war die Zeit soweit fortgeschritten, dass für die spannendste Frage – wie geht es mit der Tarifpolitik weiter, soll die Tarifpolitik künftig stärker betrieblich differenzieren? – keine Zeit mehr war. Schon die ganz kurze Diskussion zeigte, dass es dazu sehr unterschiedlicher Auffassungen gibt. Das fängt schon mit der Frage an, ob man sich an der Differenzierungsdiskussion überhaupt beteiligen soll. Eine Meinung war, dass die Esslinger IG Metall in der Vergangenheit dazu kritisch Position bezogen hat, dass es keine neue Lage gebe und dass man deshalb die Finger von der Diskussion lassen soll. Dieser Meinung wurde aber auch widersprochen: An der Diskussion muss sich beteiligen, wer darauf Einfluss nehmen will, stattfinden tut sie sowieso. Daraufhin wurde ins Auge gefasst, diese Debatte nach der Sommerpause aufzunehmen. Zuspitzen wird sie sich auf den Gewerkschaftstag 2003. Ende der Antragsfrist ist der 30. April. (rok)



Gewerkschaft IG Metall streitet gegen Betriebsrat

Was ist los bei Fujitsu Siemens Computers?

Aus der Augsburger Allgemeinen konnte man vernehmen, der Betriebsrat der Fujitsu Siemens Computers (FSC) und die Leitung des Konzerns in Deutschland hätten sich auf einen Plan für die Sanierung des Betriebs geeinigt – die IG Metall in Bayern habe dem aber vehement widersprochen. Im Folgenden Hintergründe und Begründungen, wie und warum es zu diesem Streit kam.

Das FSC Management hatte bereits im Frühjahr erklärt, dass deutschlandweit über 100 Arbeitsplätze aus dem Vertrieb – Außendienstmitarbeiter – und 40 in Augsburg bei den Angestellten beseitigt werden sollen. Von dieser Willenserklärung ist die Leitung nicht mehr abgerückt, sie war auch nie „Verhandlungsmasse“ bei dem, was in den kommenden Monaten folgte und als „Beschäftigungssicherung“ deklariert wurde.

Der Tenor der Begründung ist seitens der Geschäftsleitung von Anfang bis zur nun abgeschlossenen Betriebsvereinbarung stets: „Um die Wettbewerbsfähigkeit der Fujitsu Siemens Computers langfristig zu erhalten, Marktchancen auszubauen und Mitarbeiter-Know-How im Unternehmen zu halten, wollen Firmenleitung und Arbeitnehmervertretungen bei der Reduzierung von Personalkosten gemeinsam andere Wege gehen, die weniger einschneidende Folgen für die Mitarbeiter haben“ (Präambel). Die Konkurrenz habe „dramatischen Personalabbau“ durchgeführt – das will man bei FSC nicht, sagen sie.

Was wollte die Firmenleitung?

Zu Beginn hieß es seitens der Leitung,

man müsse 12 Mio. Euro einsparen bei den Personalkosten. Das sollte über den Verzicht auf vier Urlaubstage bei Tarifbeschäftigten geschehen; Außertarifliche sollten auf sechs Tage verzichten und die Menschen aus dem oberen Führungskreis auf zehn Tage. Und/oder es sollte durch Verschieben des gerade abgeschlossene Tarifiergebnisses um ein halbes Jahr für die FSC Betriebe weiter eingespart werden.

Dagegen hatten sich die Beschäftigten in den Werken bei Diskussionen auf die Grundposition geeinigt, dass in den Tarifen die Mindestbedingungen festgeschrieben sind, die nicht angetastet werden dürfen.

Außerdem war klar festgestellt worden, dass in den Konzepten der Leitung keinerlei Beschäftigungssicherung festgeschrieben werden sollte. Es kam folglich trotz langer Verhandlungen Anfang Juni zu keiner Einigung.

Im zweiten Gang trat die Geschäftsleitung nun direkt an den Gesamtbetriebsrat heran – also ohne Einbeziehung der Tarifvertragsparteien IG Metall und Bayerischer Metallarbeitgeberverband. Nun wurde neben dem Urlaubsverzichtskonzept noch die Möglichkeit in die Verhandlungen eingebracht, auf Teile der tariflich fixierten Leistungsbeurteilungsgelder zu verzichten.

Inzwischen war das Einsparziel der Firmenleitung auf 16 Mio. Euro angestiegen. Ganz offensichtlich war man seitens des Managements darauf aus, Forderungen zu nennen, die man sich später wieder abverhandeln lassen könnte. Aber ganz besonders kam es ihnen darauf an,

Fujitsu Siemens Computers: Opfer der Beschäftigten ohne Sicherheiten

(MÜNCHEN/PILSTING, 2.07.2002) Am vergangenen Donnerstag hat Fujitsu Siemens Computers Chef v. Hammerstein die Beschäftigten der gemeinsamen Tochter von Siemens und Fujitsu über einschneidende Sparmaßnahmen informiert. Für die Tarifbeschäftigten wird die Wochenarbeitszeit bis Jahresende um 2 Stunden gekürzt, entsprechend sinkt das Monatsentgelt. Die AT-Angestellten (außertariflich) verlieren 6–8 Urlaubstage und 20–30% ihres variablen Einkommensanteils. Der Gesamtbetriebsrat hat entgegen der Empfehlung der IG Metall dem Sparprogramm zugestimmt. IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer: „Das Unternehmen nimmt ohne Gegenleistung, es bietet keine Sicherheiten für die Beschäftigten. Wir befürchten damit eine negative Signalwirkung für

die gesamte IT-Branche.“ In der Computerbranche heißen solche einseitigen Zugeständnisse, die immer mehr um sich greifen, das „HP-Modell“. Im Sommer 2001 hatte die HP-Chefin Carly Fiorina den Beschäftigten weltweit erst die Gehälter um 10% gekürzt und kurz danach Tausende entlassen. Die Fujitsu Siemens-Vereinbarung mutet den Beschäftigten nur Opfer (über 15 Mio. Euro) zu, ohne Sicherheiten wie den befristeten Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen zu bieten. Außerdem finanzieren die Beschäftigten mit ihrem Verzicht die hohen Kosten des laufenden Personalabbaus, bei dem zusätzlich zur Abfindung Turboprämien bis zu 25.000 Euro gezahlt werden. Der Augsburger IG Metall-Bevollmächtigte Jürgen Kerner, der auch Mitglied des Aufsichtsrates von Fujitsu

die Gewerkschaft aus den Verhandlungen raus zu halten.

Was wollten die Betriebsräte?

Gegen dieses Vorgehen wandten sich die örtlichen Betriebsräte und Vertrauensleute entschieden. So wurde der Forderungskatalog in Augsburg von den Betriebsräten entschieden zurückgewiesen. Nicht, dass sie nicht kompromissbereit gewesen wären – auf Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit oder über eine Reduzierung des außertariflichen EVE (Erfolgsabhängiges Variables Einkommen) haben sie sich durchaus einlassen wollen. Das war am Vormittag. Darauf wurde flugs für den Nachmittag eine weitere Betriebsratssitzung – diesmal mit dem Personalleiter und dem Vorstandsmitglied Eßer – einberufen. Dabei wurde dann den Betriebsräten ihre Verantwortung für die Arbeitsplätze in Augsburg auch dadurch nahe gebracht, dass mögliche Verschiebungen zwischen den Produktionsstandorten der FSC in Augsburg und Sömmerda und dem der Flextronic in Paderborn (ehemals FSC) angesprochen wurden. Die Betriebsräte haben schließlich ihre Forderungen genannt, was mindestens bei den kommenden Verhandlungen des Gesamtbetriebsrats und der Geschäftsführung herauskommen müsse. Und man ging davon aus, dass es nach diesen Verhandlungen eine weitere Informations- und Abstimmungsrunde mit dem Gesamtbetriebsrat geben werde. Doch dazu sollte es nicht kommen. Der Gesamtbetriebsrat unterschrieb ohne weitere Rücksprache mit den örtlichen Gremien die „Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung“. Und damit wurde dann auch klar, dass er sich offensichtlich nicht um etliche der Minimalforderungen des Augsburger Betriebsrats gekümmert hatte. Zum Beispiel die, dass die Forderung nach Einsparungen durch die FSC-Führung wieder auf 12 Mio. Euro anstatt 16 Mio. festgeschrieben wird.

Siemens ist, vermisst eine längerfristige Perspektive. Zu diesem Thema haben die Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat eine Sondersitzung beantragt. Wenn das IT-Geschäft nicht bald wieder anzieht, ist laut Kerner eine weitere Restrukturierung unausweichlich. Derzeit werden schon 300 Arbeitsplätze abgebaut, davon 114 im Vertrieb, 85 in der Entwicklung in Paderborn und München sowie 90 in Augsburg. Außerdem wird ein Partner für die Flachbaugruppen-Fertigung gesucht. Aber trotz des Sparprogramms werden immer noch 300 Leiharbeiter in der Augsburger Fertigung beschäftigt.

Jürgen Kerner, IG Metall Augsburg, Medieninformation 76/02.

Homepage: www2.igmetall.de/homepages/bezirk-bayern/

Die Betriebsvereinbarung

Die unterschriebene Vereinbarung sieht bis Ende 2002 vor, dass für alle tariflichen Vollzeitbeschäftigten die Arbeitszeit um zwei Stunden je Woche reduziert wird. Natürlich mit entsprechender Lohn- und Gehaltskürzung. Außertariflich Beschäftigten wird der Urlaubsanspruch für 2002 um sechs Tage, den Führungskreismitgliedern um acht Tage zusammengezogen. Diesen Menschen wird außerdem das EVE um 20 bzw. 30% beschnitten.

Zur sogenannten Absicherung der Beschäftigung heißt es lediglich, dass es bis Ende der Vertragsdauer keine betriebsbedingten Kündigungen geben solle, und wenn sie doch notwendig sein sollten noch im Jahr 2002, dann dürften sie frühestens ab Ende Februar 2003 wirksam werden.

Was ist von dem Ergebnis zu halten?

Die Firmenleitung spricht von konjunkturellen Problemen als Begründung für solche Maßnahmen – also wird suggeriert, dass sich der IT-Markt in einer Talsohle des Absatzes befinde und dass ein Aufschwung folglich zu erwarten sei. Tatsächlich ist aber eine massive Überproduktion in den meisten IT-Bereichen der Grund für weltweit stattfindende Entlassungen. Das müssen der Gesamtbetriebsrat und die FSC-Führungsräte natürlich auch wissen. Deshalb wird vorsorglich an einer anderen Stelle in der Präambel schon mal der Weg in die Zukunft aufgezeigt: „Sollte der aktuelle Umsatz- und Gewinneinbruch bei Fujitsu Siemens Computers weiterhin anhalten, wären auch wir gezwungen, eine Personalreduzierung in größerem Umfang über alle Bereiche flächendeckend durchzuführen.“

Also wird sich die Belegschaft auf Entlassungen in allernächster Zeit einrichten dürfen (und viele schätzen die Lage jetzt auch so ein). Vorher wurden ihr nur noch über 10 Mio. Euro Lohnbestandteile unter dem Vorwand der Arbeitsplatzsicherung entwendet. – Mit eifriger Unterstützung des Gesamtbetriebsrates. Zwar können jetzt die örtlichen Betriebsräte im Detail eventuell noch ein paar Dinge abmildern – z.B. dass in einigen Angestelltenabteilungen das angesammelte Gleitzeitguthaben für die Arbeitszeitreduzierung verwendet wird – aber prinzipiell wird sich nichts mehr ändern lassen. Den Vertretern der Kapitalinteressen, die hier verhandelt haben, ist es damit gelungen, Tarifrecht auszuhebeln zu Gunsten einer betrieblichen Lösung. Und sie haben noch ein weiteres wichtiges Ziel des Kapitals erreicht: Eine Vereinbarung über Tarifforderungen an den Gewerkschaften vorbei!

Wir meinen, das sind viele triftige Gründe für die IG Metall und ihre Mitglieder, etwas gegen diese Betriebsvereinbarung zu haben.

K/O

Wirtschaft beharrt auf Leistungskürzungen für Arbeitslose.

– HB, Donnerstag, 18.7.02. – BDI-Präsident M. Rogowski forderte die Hartz-Kommission auf, sie solle an der ursprünglich geplanten Begrenzung des Arbeitslosengeld-Bezugs auf 12 Monate und der Befristung der derzeit dauerhaft gewährten Arbeitslosenhilfe festhalten.

BDI: Subventionen für nicht überlebensfähige Branchen streichen!

– M. Rogowski, BDI-Chef, sieht Chancen für Wirtschaftsaufschwung, weil der starke Euro die Preise für Importe verbillige. Er erwartet deswegen, dass die Europäische Zentralbank die Zinsen in nächster Zeit nicht anheben wird. Lob zollte er Wirtschaftsminister Müller, der die Exporte stärker fördern will. Er forderte den Wirtschaftsminister auf, Subventionen für nicht überlebensfähige Branchen zu streichen und mit diesem Geld die Binnenwirtschaft zu fördern.

Zeitungsverleger wollen Änderung des Kartellrechts.

– HB, Mittwoch, 24.7.02. – Der Bundesverband der Zeitungsverleger (BDZV) macht Druck: die Verleger geben den strengen Kartellvorschriften die Mitschuld an ihrer derzeitigen Krise: Für Fusionen von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen gelten schärfere Regeln als allgemein üblich. So prüft das Bundeskartellamt Zusammenschlüsse von Zeitungen bereits dann, wenn alle an der Fusion beteiligten Verlage Umsätze von insgesamt 25 Mill. Euro haben. In anderen Wirtschaftszweigen liegt die Grenze erst bei 500 Mill. Euro Umsatz.

Standardisierte Kreditentscheidungen ängstigen Mittelstand.

– „Wir ersetzen ... gesund gewachsenen Bauchgefühl durch angelsächsisch-mathematische Formeln“, warnt der Sparkassen-Vorstandschef Krämer und fordert, „der Bauch darf nicht ganz ausgeschaltet werden“. Er spricht von der heiß diskutierten Standardisierung bei Kreditvergabe der Banken, den neuen Eigenkapitalregeln (Basel II). Die geplanten neuen Mindestanforderungen an das Betreiben von Kreditgeschäften (MaK), die die Allfinanzaufsicht derzeit ausarbeite, verschärfe zudem die Gefahr eines starken Konzentrationschubs im Bankgewerbe, so T. Köster, Geschäftsführer des nrw-Handelstages. Die Standardisierung leiste einem Denken Vorschub, „das der persönlichen Kenntnis der Unternehmerpersönlichkeit keinen großen Wert mehr beimisst.“ T. Winkler vom Bundesverband deutscher Bank und Fachmann für Basel II vertraut hingegen auf die Kraft des Wettbewerbs.

Presseauswertung: rst

Die PDS befindet sich mit ihrer **Wahlkampfstrategie** in der Klemme. Gysi, Bartsch und andere wollen die offene Anlehnung an Rot-Grün. Das will Gabi Zimmer und andere im Vorstand nicht. Beide Standpunkte greifen aber zu kurz. Die PDS sollte in dieser Phase des Wahlkampfes Aufklärungsarbeit betreiben und an einer gemeinsamen Front gegen reaktionäre Positionsbildungen im Wahlkampf arbeiten. Sie sollte z.B. die Kritik der Arbeitslosenbewegung am Hartz-Papier aufgreifen oder die Kritik der Flüchtlingsorganisationen an der bundesdeutschen Zuwanderungspolitik. Die PDS ist kein Selbstzweck für einige Politprominente, sondern hat die Pflicht, im Lager der Opposition aktiv zu werden.

In der Öffentlichkeit will man jetzt die einzige weibliche Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl isolieren. Mit unverschämten Verhaltensweise hat die ARD im Bericht aus Berlin versucht einen Anfang zu setzen. Genosse Bartsch sollte lieber über seine eigenen Qualitäten nachdenken, als über andere Parteimitglieder zu räsonieren. **jöd Interview in der Berliner Zeitung am 26. 7.: Herr Bartsch, wie läuft eigentlich Ihr Wahlkampf?** Wir kommen auf Touren, das Interesse wächst. Bis zum Wahltag werden wir uns aber noch steigern. **Das ist auch nötig. Von Ihrer Partei war bislang wenig zu hören.** So sehe ich das nicht ...

Woran liegt es denn, dass die PDS in zentralen politischen Fragen wie der Arbeitslosigkeit oder dem Aufbau Ost kaum zu Wort kommt? Wir haben gute Angebote, daran liegt es nicht. (...) **Der frühere PDS-Wahlkampfmanager André Brie kritisiert, Ihre Partei wirke oft selbstzufrieden und müde. Hat er nicht Recht?** Nein. Es gab zwar zeitweise eine gewisse Müdigkeit in der PDS. Das hat sich aber mittlerweile gelegt. Brie wollte uns vor der heißen Phase des Wahlkampfes wohl noch einmal wachrütteln und diese Botschaft ist auch angekommen. Mit Teilen seiner Kritik stimme ich aber durchaus überein.

Mit welchen denn? Die PDS kommt mitunter hölzern daher, ist für viele Wähler nicht sinnlich genug und nur schwer erfahrbare. Das liegt zum Teil an unserer Vergangenheit, hat aber auch etwas mit unserem Selbstverständnis zu tun. Man kann nur enthusiastisch für etwas kämpfen, wenn man selbst enthusiastisch ist. Diese Leidenschaft vermisste ich an der einen oder anderen Stelle.

Auch an der Parteispitze? Das ist ein Problem, das sämtliche Ebenen der PDS betrifft. **Parteichefin Gabi Zimmer hat die PDS für diese Wahl auf die Oppositionsrolle festgelegt. Müsste sich Ihre Partei nicht zur Koalitionsoption**

mit der SPD bekennen, um für die Wähler überhaupt attraktiv zu sein? Das tun wir. Mittelfristig streben wir ein Mitte-Links-Bündnis im Bund an, das ist eindeutige Beschlusslage. Auf Grund der derzeitigen Politik der SPD sehe ich nur jetzt keine Möglichkeit dafür. Denn die SPD wirkt unsortiert und orientiert sich in eine neoliberale Richtung. Im Übrigen haben die Sozialdemokraten ein solches Bündnis selbst ausgeschlossen. **Würde die PDS einen Kanzler Schröder trotzdem mit wählen, um einen Kanzler Stoiber zu verhindern?** Wir wollen keinen Bundeskanzler Stoiber. Bei Notwendigkeit würden wir also auch Gerhard Schröder mit wählen. Wenn der das nicht will, dann ist das sein Problem.

Interview mit Gabi Zimmer in der ARD, Bericht aus Berlin:

Frau Zimmer, zum Schluss: Sie gelten in Ihrer Partei, zumindest bei Teilen der Partei, als blass. Es gibt Leute in Ihrer Partei, die sagen, nein, die kann es nicht, die kann die Partei nicht mitreißen. Die kann sie nicht in den Wahlkampf führen, dass ein ordentliches Ergebnis zustande kommt. Wäre es denn vor dem Hintergrund nicht besser, Sie würden im nächsten Parteitag im Oktober sagen: Nee, ich lege das hin, das soll einer machen, der es wirklich kann, Claus zum Beispiel? Also erstens bin ich angetreten, um einen ganz wichtigen Prozess in dieser Partei mit zu befördern, weil ich für den ganz persönlich auch stehe, nämlich die Frage, welche Funktion hat die PDS als eine sozialistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Und ich habe da sehr sehr viele Mitstreiter. Und ich glaube auch, dass die Art und Weise meines Wirkens in der Partei sehr wohl Unterstützung findet. Ich kenne keine Kontrahenten, die mein Verhalten oder meine Position nicht mit teilen würden, im Gegenteil. Ich habe im Parteivorstand die Unterstützung, wir sind als Viererteam entsprechend angetreten, stimmen uns dort jeweils auch ab. Aber ich lasse im Gegensatz zu manch anderen in anderen Parteien vielleicht auch ein Stückchen mehr Diskussion zu. Weil ich nämlich eines gelernt habe aus der SED heraus: Es gibt keine Person, die einfach nur für sich sagen kann, sie ist diejenige, die allein weiß, wohin die Entwicklung einer Partei gehen soll.

Also Sie wollen Parteivorsitzende bleiben, egal, wie die Wahl ausgeht? Natürlich. Ich werde im Oktober auf dem Parteitag in Gera als Parteivorsitzende mich zur Wahl stellen. Und dann können wir ja weiter darüber diskutieren, ob ich keine Unterstützung in der Partei habe. Alle Parteitagsbeschlüsse, die mit meinem Namen verbunden waren, haben eine unwahrscheinlich hohe Zustimmung bekommen. Also Ihre trifft mich insofern in keinem Fall.

Stephen Jay Gould starb im Mai dieses Jahres im Alter von nur 60 Jahren. Bereits mit 32 Jahren wurde er in Harvard ordentlicher Professor für Geologie. Zeit seines Lebens legte er sich mit dem in der Biologie weit verbreiteten genetischen Reduktionismus an.

Ein wichtiges Beispiel hierfür ist, dass die Landwirtschaftskommission der KP der USA sich auf Gould in ihrem kritischen Diskussionspapier zur Gentechnik bezieht. Sie schreibt:

„Wie der bekannte Zoologe Jay Gould kommentiert, bringt der Zusammenbruch der Doktrin von einem Gen für ein Protein ... das Versagen des Reduktionismus in dem komplexen System, das wir Biologie nennen, zum Ausdruck – und zwar aus zwei Hauptgründen. Laut Gould entwickelt sich die menschliche Komplexität aus vielen verschiedenen Kombinationen und Wechselwirkungen, die an Zahl die ihnen zugrundeliegenden Gene weit übersteigt, und viele dieser Wechselwirkungen können allein auf der Grundlage der zugefügten Gene nicht vorhergesagt werden. Organismen sind eben Organismen und nicht nur eine Ansammlung von Genen.“ (1)

Diese grundlegende Kritik war auch Ausgangspunkt seiner Kritik an dem von seinem Harvardkollegen E.O. Wilson bereits 1975 geschriebenen Buch „Soziobiologie“, insbesondere dem darin enthaltenen Kapitel 27, in dem sich Wilson zu ausgedehnten Spekulationen über die Existenz von Genen für menschliches Verhalten (dafür hält Wilson z.B.: Verachtung, Aggression, Xenophobie, Konformismus, Homosexualität etc.) hinreißen lässt. In Erwiderung auf Wilson schrieb Gould seinerzeit u.a.:

„Das Studium der Veränderungen, die sich mit wachsender Größe einstellen, nennt man Allometrie ... Aber das bemerkenswert vergrößerte Gehirn dürfte in der menschlichen Evolution die am tiefsten wirkenden allometrischen Folgen gehabt haben – denn dadurch entstanden hinreichend viele Nervenverknüpfungen, um ein ziemlich starres und streng programmiertes Hilfsmittel in ein labiles Organ zu verwandeln, das mittels Logik und Gedächtnis zum nichtprogrammierten Lernen, zur direkten Spezifizierung als Grundlage des Sozialverhaltens übergehen kann. Es ist gut möglich, dass die Flexibilität die wichtigste Determinante des menschlichen Bewusstseins ist; vielleicht ist die direkte Programmierung des Verhaltens seitdem inadaptiv geworden.“ (2)

Gould sieht also im menschlichen Verhalten nicht das Wirken spezifischer Gene am Werk. Da der Mensch unter allen Tieren das größte Gehirn (auf die Körpergröße bezogen) besitzt, hat der Mensch eine so große gedankliche Dynamik entwickelt, dass eine direkte Programmierung von Verhalten über Gene (soweit es diese bei Tieren überhaupt gibt) beim Menschen nicht mehr vorhanden ist. Mit dem Wörtchen „inadapt-

Kritik am genetischen Reduktionismus

tativ“ meint er, dass das Verhalten des Menschen nicht mehr im Lichte der Evolutionsbiologie betrachtet werden kann. Es ist keine biologische Größe mehr, wenn man einmal davon absieht, dass das große Gehirn natürlich die biologische Voraussetzung dafür ist. Menschliches Verhalten wird daher bei Gould zu einer durch die persönlichen Erfahrungen und die Kultur bestimmten Angelegenheit.

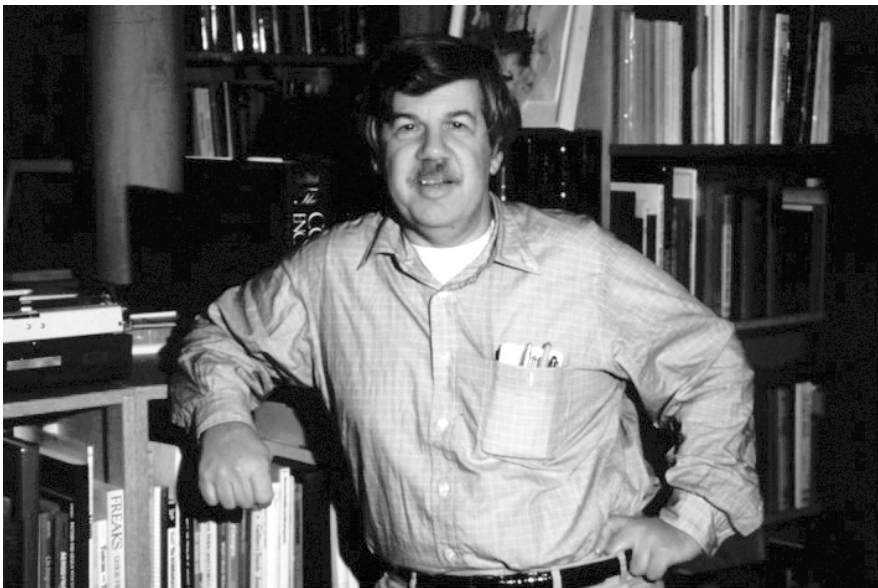
Auch in anderem Zusammenhang hat Gould den genetischen Reduktionismus kritisiert. So hat er die von Richard Dawkins aufgestellte These, wonach der Körper nichts anderes als eine Maschine zur Selbstverwirklichung der Gene sei, zurückgewiesen. Dawkins hatte diese These in seinem 1976 erschienen Buch „Das egoistische Gen“ aufgestellt. Gould schreibt hierzu:

„Ich beginne eine Kritik an dieser These mit der Feststellung, dass ich nicht über das beunruhigt bin, was die meisten Leute an diesen Äußerungen so überaus unerhört finden, dass nämlich Genen ein bewusstes Handeln zugeschrieben wird. Dawkins weiß so gut wie jeder andere, dass Gene keine Pläne oder Entwürfe machen; sie werden nicht als wissenschaftliche Agenten ihrer eigenen Selbsterhal-

tung tätig. ... Dennoch finde ich, dass in Dawkins Angriff auf die darwinistische Theorie der Selektion ein fataler Fehler steckt. Ganz gleich wieviel Macht Dawkins den Genen zusprechen möchte, eins kann er ihnen nicht geben, nämlich die direkte Sichtbarkeit im Prozess der natürlichen Selektion. Die Selektion kann die Gene einfach nicht sehen und direkt zwischen ihnen eine Auswahl treffen. Sie muss Körper als Zwischenformen verwenden. Ein Gen ist ein Stück DNA, das in einer Zelle verborgen ist. Die Selektion aber betrachtet und beurteilt Körper. Sie begünstigt einige von ihnen, weil sie stärker, besser isoliert, früher geschlechtsreif, kampfeswütiger oder schöner anzuschauen sind ... Es gibt kein Gen ‚für‘ so unzweideutige Teile der Morphologie wie die linke Kniescheibe oder einen Fingernagel. Körper können nicht in Teile atomisiert werden, von denen je einer durch ein einzelnes Gen aufgebaut wird. Hunderte von Genen tragen zum Aufbau der meisten Körperteile bei, und ihr Vorgehen wird durch eine kaleidoskopartige Serie von Umwelteinflüssen kanalisiert, durch embryonale und postnatale, innere und äußere Einflüsse. Körperteile sind nicht einfach übertragene Gene, und die Se-

lektion richtet sich nicht einmal direkt auf bestimmte Körperteile. Sie akzeptiert oder verwirft ganze Organismen, weil eine bestimmte Ausstattung einiger Körperteile, welche auf komplexe Art aufeinander einwirken, bestimmte Vorteile mit sich bringt ... Ich meine also, kurz gesagt, dass die Faszination, die von Dawkins Theorie ausgeht, auf einige schlechte Gewohnheiten des wissenschaftlichen Denkens im Westen zurückgeht, auf Einstellungen (man verzeihe mir den Jargon), die wir als Atomismus, Reduktionismus und Determinismus bezeichnen. Also auf die Vorstellung, dass Ganzheiten verstanden werden sollten, indem sie in ihre ‚grundlegenden‘ Einheiten zerlegt werden; dass Eigenschaften mikroskopischer Einheiten das Verhalten makroskopischer Ergebnisse hervorrufen und erklären können; dass alle Ereignisse und Gegenstände bestimmte, vorhersagbare, determinierte Ursachen haben.“ (3)

Goulds Kritik ist die des Evolutionsbiologen. Das bedeutet, dass er zusammen mit den meisten anderen Evolutionsbiologen davon ausgeht, dass die Einheit der natürlichen Selektion Individuen und nicht Gene sind. Veränderungen an Genen (Mutationen) sind daher ebenso wenig entscheidend für die Evolution. Gould steht damit in bester Übereinstimmung mit seinem emeritierten Harvardkollegen E. Mayr. Mayr hat betont, dass die v.a. von deutschen Biologen wie dem Zoologen Remane vertretene Auffassung, wonach Mutationen der Motor der Evolution seien, falsch ist. Die Diskussion dieses Problems ist keineswegs nur akademisch interessant. Denn die Auswirkungen dieser falschen Ansichten finden sich heute in der Praxis der modernen Gentechnik wieder. Denn diese geht davon aus, dass das Einbringen von Genen aus einer Art in eine andere eine Mutation (Erbgutveränderung) ist (es ist eine), die somit zum Motor der Artenentwicklung wird. Sie sei damit Evolution. Es kommt damit zu einer sprunghaften (qualitativen) Veränderung des Erbguts. Es mag sein, dass Goulds Theorie der Evolution als eines sprunghaften Ereignisses (s. weiter unten) heute in der Öffentlichkeit eine gewisse Beliebtheit erfahren hat, weil manche darin gerne eine Bestätigung für die theoretische Richtigkeit moderner Gentechnik sehen wollen. Gould dürfte vor solchem Missbrauch seiner Theorie nicht völlig gefeit sein. Mayr hat diese seine Theorie kritisiert. Dennoch wird man festhalten müssen, dass Gould und Mayr darin übereinstimmen, dass der genetische Reduktionismus falsch ist und keine Begründung in der Evolutionsbiologie findet. Daher ist es von Interesse zu verstehen, wie Mayr



Stephen Jay Gould, einer der weltweit bekanntesten Paläontologen und Wissenschaftsautoren ist im Alter von 60 Jahren seinem Krebsleiden erlegen. Gould war einer der Begründer der punctuated-equilibrium-Theorie der Evolution, welche er am Beispiel des Panda-Daumens beschrieb. Demnach hat sich der Handgelenkknochen des Pandas innerhalb kurzer Zeit derart verändert, dass sich damit die Bambusblätter optimal entfernen lassen. Gould argumentierte, diese Veränderung sei so schnell erfolgte, dass sie von der natürlichen Selektion unberührt blieb.

Nach seinem Studium der Biologie und Paläontologie an der Columbia University in New York wurde Gould 1966 Professor am Antioch College in Yellow Springs (Ohio). Seit 1973 war Gould ordentlicher Professor für Geologie an der Harvard University. Dass er an einem Mesotheliom litt – einer seltenen, vermutlich durch Asbestfasern ausgelösten, unheilbaren Form des Lungenkrebses –, wusste Gould seit 1981. In einem Artikel über seine Krankheit schrieb er im Juni 1985: „Die wissenschaftliche Literatur könnte brutaler nicht sein. Das Mesotheliom ist unheilbar.“

die These von der Mutation als Motor der Evolution kritisiert. Er tut dies an einem Beispiel:

„Die alpha- und beta-Ketten des Hämoglobins bestehen aus 287 Aminosäuren. Die Gene, die für diese Ketten codieren, haben normale Mutationsraten, und folglich hat man mutierte Hämoglobine für nahezu alle 287 Kettenglieder in menschlichen Populationen gefunden. Die Abstammungslinien zum Menschen und zum Schimpanse sind vor mindestens 7 Millionen Jahren auseinandergegangen, womit wir (als Summe beider Linien) insgesamt mindestens 14 Millionen Jahre für die ‚mutationsgetriebene‘ differentielle Evolution zwischen Mensch und Schimpanse zur Verfügung haben. Allein, die alpha- und beta-Ketten der Hämoglobine von Mensch und Schimpanse sind immer noch identisch! Gibt es einen besseren Beweis für den Schluss, dass es die Selektion, und nicht die Mutation ist, die den Entwicklungsprozess ‚treibt‘?“ (4)

Goulds besonderes Schockerlebnis

Für Gould bedeutete es ein besonderer Schock, als er anlässlich des 50. Jahrestages der Wannsee-Konferenz das Protokoll von Adolf Eichmann las, in dem er das Konzept zur Vernichtung der europäischen Juden zusammenfasste. Daher überschrieb er seinen Essay damals mit „Kein Stich von allen schmerzte wie der“, und meinte darin folgenden Teil aus Eichmanns Protokoll:

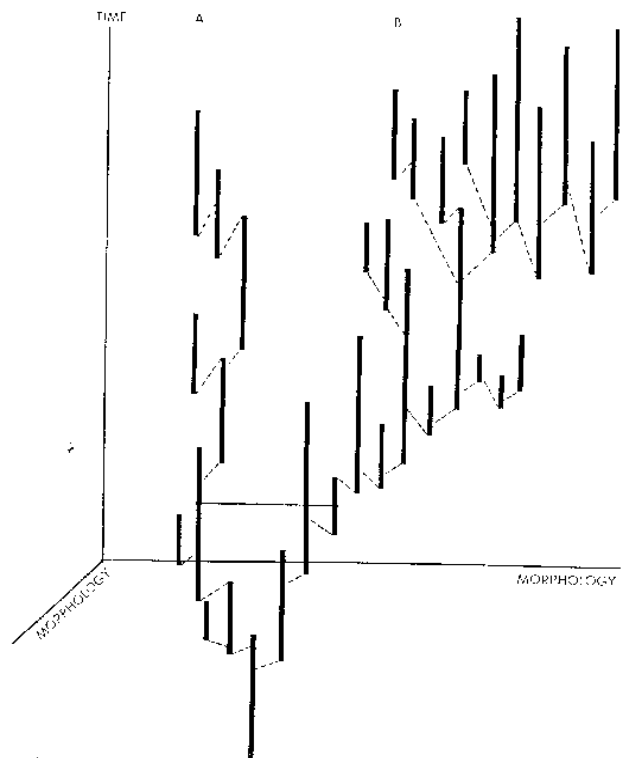
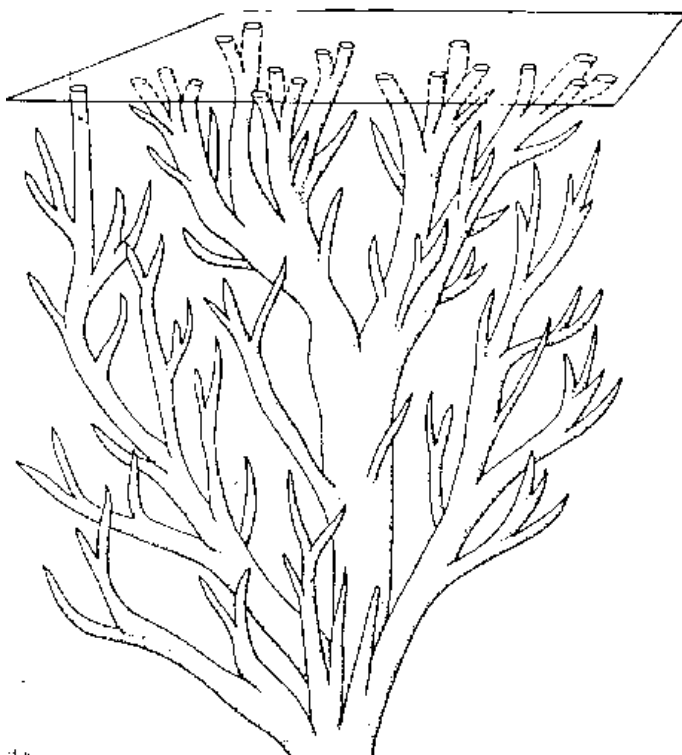
„Der allfällig endlich verbleibende

Restbestand wird, da es sich dabei zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist.“

Gould schreibt hierzu: „Natürliche Auslese war zu jener Zeit die übliche deutsche Übersetzung für Darwins ‚natural selection‘. Was für ein Gedanke, dass die Schlüsselwortformulierung meiner beruflichen Welt in so perverser Verdrehung das Kernstück in der wichtigsten Handlungsanweisung des bösesten Schriftstücks aller Zeiten bildet! Könnte es ein eindrücklicheres Symbol für Missbrauch geben?“ Und zur Erklärung fährt er fort: „Die natürliche Selektion ist in der Natur der Prozess des unterschiedlichen Fortpflanzungserfolges, ganz gleich, wie ein solcher Vorteil erreicht wird (...). Was könnte unnatürlicher sein und weniger mit Darwins Vorgang zu tun haben als der geplante Mord und die Aushungerung mehrerer Millionen Menschen durch menschliche Technik?“ Und weiter: „Und ohnehin ist Eichmanns Sprachgebrauch in beiden Kernpunkten eine perverse Fehlinterpretation Darwins: ein natürliches Prinzip wird fälschlich auf das ethische Verhalten der Menschen angewandt (denn Eichmann sagt, da die verbleibenden Juden eine natürliche Auslese darstellen würden, müssten sie umgebracht werden, sei dieses ethisch geboten – b.), und eine Aussage über unterschiedlichen Fortpflanzungs-

erfolg wird in eine scheinbare Bewertung des Massenmordes als natürlich umgemünzt.“ Und ausdrücklich hebt Gould hervor, dass sich unter den deutschen Evolutionsforschern kein Chor des Protests gegen Hitlers Missbrauch der Theorie von der natürlichen Selektion in dessen „Mein Kampf“ erhob. (5)

Gould war ein fortschrittlicher Evolutionsbiologe. Er hat sich auch für die Gleichberechtigung der Geschlechter stark gemacht u.a. durch seine Kritik an der Kranimetrie (Gehirngewichtsmessung) des 19. Jahrhunderts. Diese unterzog er einer kritischen Überprüfung. Er stellte fest, dass die Daten über das angeblich kleinere Gehirn der Frauen voreingenommen zusammengestellt wurden. Auch die Kritik an der IQ-Messung und dem damit verbundenen Rassismus (Schwarze seien weniger intelligent als Weiße) hat er maßgeblich befördert. Steven Rose hat in einer Erinnerung an Gould in Guardian Weekly festgehalten, dass Gould mit seinem Buch „Der falsch vermessene Mensch“ (6) einen entscheidenden Beitrag für die Antirassismuskampagnen geleistet hat. Und er betont Goulds Teilnahme an Demonstrationen in den 1960er und 70er Jahren und meint: „Dies war die Geburt der radikalen Wissenschaftsbewegung (Wissenschaft für die Menschen), eine Reaktion auf den Vietnamkrieg.“ (7). Gould war einer der engagiertesten Vertreter dieser Wissenschaftsbewegung. Er sagte: „Meine Essays richten sich gleichermaßen an Fachleute und Laien – was übrigens von



Links die schematische Darstellungen des graduell entwickelten „Lebensbaumes“: Evolution durch Mutation, langsame Anpassung an die Umwelt durch Selektion. Rechts dagegen die Entwicklung des „Lebensbaumes“ nach der Theorie von Eldredge und Gould als eine Entwicklung des unterbrochenen Gleichgewichts, als Evolution in Sprüngen. Jeweils senkrecht ist die Zeitachse dargestellt.

Galilei bis Darwin eine alte Tradition der Wissenschaftsautoren war, die aber heute fast völlig verloren gegangen ist.“ (5) Sein früher Tod ist ein schmerzhafter Verlust!

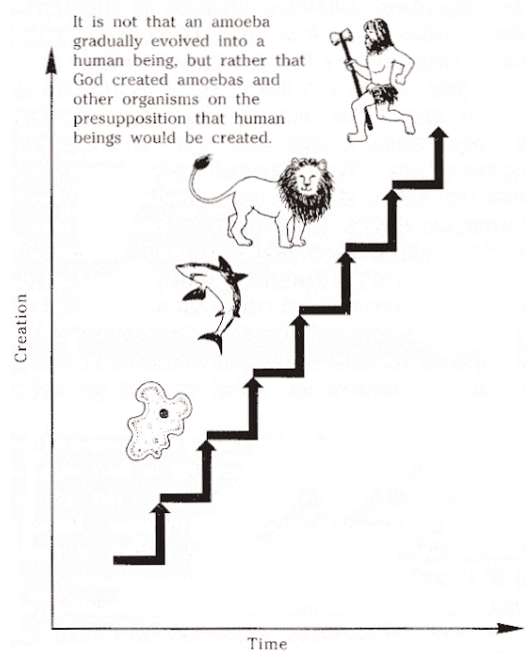
Goulds Hauptwerk

Kurz vor seinem Tode hat er sein Hauptwerk „Die Struktur der Evolutionstheorie“ vollendet. Darin – davon kann man ausgehen – wird er noch einmal seine Theorie der Evolution als eines Prozesses eines „Unterbrochenen Gleichgewichtes“ darlegen, eine Theorie, die er bereits 1972 veröffentlichte und die in der hiesigen deutschen Biologie so gut wie keine Erwähnung gefunden hat. Er geht darin zusammenfassend davon aus, dass die Evolution nicht graduell, also gleichmäßig langsam voranschreitet, sondern, dass auf Phasen der Unveränderlichkeit plötzlich Stadien der Veränderung eintreten. In seinem Buch „Ein Dinosaurier im Heuhaufen“ belegt er diese Theorie allgemeinverständlich und eindrucksvoll. Er merkte sehr wohl, dass er sich damit in die Nähe des dialektischen Materialismus begibt. Und so schrieb er: „In der Sowjetunion z.B. werden Wissenschaftler mit einer ganz anderen Philosophie der Veränderung – den sogenannten dialektischen Gesetzen – ausgebildet, die eine von Engels ausgearbeitete Neuformulierung der Hegelschen Philosophie darstellen. Die dialektischen Gesetze beziehen sich ausdrücklich auf intermittierende Veränderungen (seine Theorie der Evolution als eines unterbrochenen Gleichgewichts – b.). So sprechen sie etwa von einem „Übergang von Quantität in Qualität“. Dies mag uns wie ein fauler Zauber klingen, doch es erinnert daran, dass sich Veränderungen in großen Sprüngen ereignen, die nach einer allmählichen Aufstauung von Spannungen eintreten, denen ein System so lange widersteht, bis es seine Zerreißgrenze erreicht. Erhitzt man Wasser, so fängt es schließlich an zu kochen. Unterdrückt man die Arbeiter immer stärker, dann fördert das die Sache der Revolution. Eldredge (Erstautor der Theorie vom unterbrochenen Gleichgewicht – b.) und ich waren fasziniert zu hören, dass viele russische Paläontologen sich für ein Modell aussprechen, welches unserem Modell intermittierender Gleichgewichtszustände ähnlich ist.“

Gould wurde vorgeworfen, er würde den Aspekt des Zufalls in der biologischen Evolution überbewerten und den der Notwendigkeit ignorieren. Der Aspekt der Notwendigkeit würde beinhalten, dass es ein Teil der Evolutionstheorie ist, dass ständig komplexere Strukturen aus einfachen Strukturen entstehen und nur die Betonung dieses Aspektes könne erklären, warum so komplizierte Dinge wie das Auge des Adlers, das Komplexauge des Tintenfisches und das menschliche Auge konvergieren, d.h. unabhängig voneinander, aber eben doch parallel entstanden seien. Indem Gould die-

sen Aspekt und damit den Aspekt der Höherentwicklung negiere, würde er in Wirklichkeit Argumente für die christlichen Fundamentalisten in den USA liefern, die die Evolutionstheorie im Schulunterricht so lehren möchten, dass die biologische Evolution ohne Ziel verlaufe. Die christlichen Fundamentalisten würden die „intelligent design“-Hypothese vertreten und versuchen sich damit im öffentlichen Schulwesen einzuschmeicheln. (8) Soweit ich erkennen kann, hat bereits E. Mayr diese These zurückgewiesen und erläutert worin sie besteht. Er schrieb:

„Mit ihrer These, dass physikalische Notwendigkeiten das technologische Design des Organismus dominieren, kommen Gutmann und seine Gruppe in ihrem Denken in erstaunliche Nähe zu den Physikotheologen, für die der Plan (Design), als gottgewollter, ebenfalls optimal zu sein hatte. Für Gutmann gibt es keine neutralen Strukturen oder sonstige neutrale Eigenschaften, denn da alle Strukturen Energie und Material zehren, müssen sie auch einen Selektionswert haben. Und da ja ein ‚neutrales‘ Organ mit nützlichen Organen um Energie und Lebensgrundlagen konkurrieren müsste, wäre es per definitionem ein schädliches Organ und würde negativ selektiert werden. Der Vorteil der Energieeinsparung würde automatisch zur Optimierung aller Strukturen führen, wie Gutmann glaubt. Optimierung ist ein Begriff, der auf die Physikotheologie zurückgeht, nach der alles in Gottes Welt eine optimale Lösung oder sogar, wie Leibniz es ausdrückt, ‚die beste der möglichen Welten‘ ist. Sogar Darwin dachte beizeiten, dass durch natürliche Selektion ‚alle körperlichen und geistigen Fähigkeiten immer mehr nach Vollkommenheit streben werden‘. In dieser Tradition glauben Gutman et al.: ‚Die Entwicklung ist durch den Optimierungszwang bestimmt‘. Jeder Darwinist würde dem prinzipiell, aber mit erheblichen Einschränkungen zustimmen, weil praktisch immer neue Faktoren entdeckt werden, die die Optimierungskapazität der Selektion einschränken. Insbesondere Gould und Lewontin (1979) haben ein äußerst pessimistisches Bild von den starken Limitationen einer Optimierungskapazität der Selektion gemalt. ... Und, wie schon Darwin herausstellte, Vervollkommenung (...) ist überhaupt keine evolutionäre Notwendigkeit: ‚Die natürliche Selektion versucht nur, jedes organische Wesen ebenso vollkommen oder sogar noch etwas vollkommener zu machen als die übrigen Bewohner desselben Gebietes, mit denen es in Wettbewerb tritt.‘ Die verschiedenen Überreste der vierfüßigen Vergangenheit des Menschen, etwa in der Struktur un-



Christlich fundamentalistische Deutung der Evolution. „Nicht die Amöbe hat sich allmählich zum menschlichen Wesen entwickelt, sondern Got hat die Amöben und andere Wesen geschaffen unter der Voraussetzung (mit dem gefaßten Plan), dass menschliche Wesen geschaffen werden.“

serer Wirbelsäule und unserer Gesichtshöhlen, belegen die Unzulänglichkeit der Selektionskräfte, optimale Phänotypen zu verwirklichen“ (4)

Mayr macht auch deutlich, dass der Darwinismus keine determinierte Vorhersagen zukünftiger evolutionärer Ereignisse machen könne.

Es zeigt sich hiermit, dass nicht Gould mit seiner Betonung von Zufälligkeit im Evolutionsgeschehen sich in die Nähe der christlichen Fundamentalisten bewegt hat, sondern es diejenigen sind, die mit ihrer Überbetonung der Optimierungsprozesse in die Nähe der Physikotheologen zu rücken sind.

Was bleibt? Fortsetzung von Goulds Bemühungen Wissenschaft für die Menschen zu machen und zu publizieren. b.

- 1) Marxistische Blätter 4/02: Zur Unbedenklichkeit genetisch modifizierter Lebensmittel und anderer landwirtschaftlicher Produkte – Diskussionspapier der Landwirtschaftskommission der KP USA
- 2) Stephen Jay Gould: Darwin nach Darwin – Naturgeschichtliche Reflexionen, Ullstein, 1984
- 3) Stephen Jay Gould: Der Daumen des Panda – Betrachtungen zur Naturgeschichte, Birkhäuser, 1987
- 4) E. Mayr: Darwinistische Missverständnisse, in: Dialektik 5: Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften: Darwin und die Evolutionstheorie, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 1982
- 5) Stephen Jay Gould: Ein Dinosaurier im Heuhaufen – Streifzüge durch die Naturgeschichte, S. Fischer, 2000
- 6) Stephen Jay Gould: Der falsch vermessene Mensch, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1988
- 7) Steven Rose: Stephen Jay Gould in: Guardian Weekly May 30-June 5 2002, S. 20
- 8) Walter Gilbert, On the death of paleontologist Stephen Jay Gould, in: Internet unter www.wsos.org (World Socialist Web Site)

Initiative für eine sozialstaatlich orientierte aktive Arbeitsmarktpolitik

Den folgende Text entnehmen wir den Nachrichten & Standpunkten, Schweinfurt

I. Einleitung

Zeiten ungelöster Arbeitsmarktprobleme und Wahlkampfzeiten lassen regelmäßig arbeitsmarktpolitische Patentrezepte wie Pilze aus dem Boden schießen. Die Versprechen der einschlägigen Fachkommissionen oder diverser Institute sind dementsprechend vollmundig: Sie reichen etwa von der Schaffung 2,3 Millionen neuer Arbeitsplätze für Sozialhilfempfänger (ifo Institut) bis hin zur Halbierung der Arbeitslosigkeit zum Jahr 2005 (Hartz). Zumeist unterstellen diese Vorschläge heutzutage das sog. Aktivierungs-Paradigma, also dass durch Leistungskürzungen (ifo z.B.: Halbierung der Sozialhilfesätze; Hartz z.B.: Pauschalierung des Arbeitslosengelds bzw. Abschaffung der Arbeitslosenhilfe) und eine Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen „Bewegung in die Arbeitslosen“ zu bringen wäre, um das Strukturproblem Arbeitslosigkeit zu lösen.

Im Zuge einer allgemeinen Diskussion um die Grenzen des Sozialstaates wird auch die Arbeitsmarktpolitik immer stärker fiskal- und ordnungspolitisch motivierten Effizienzgesichtspunkten sowie kurzfristig – mit Blick auf die nächsten Bundestagswahlen – ausgerichteten Erfolgsmaßstäben untergeordnet. Hektischer Aktionismus, wie er schon unter der alten Bundesregierung zu beklagen war, beschädigt die Glaubwürdigkeit der Arbeitsmarktpolitik: Binnen kürzester Zeiträume werden arbeitsmarktpolitische Instrumente, wie z.B. ABM, in Grund und Boden geredet bzw. neue Ad-hoc-Gesetze in die Medienwelt gesetzt, ohne dass die vorliegenden Ergebnisse differenzierter Arbeitsmarktforschung oder gar der Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes in die tagesaktuelle Politikdebatte Einfluss fänden. Notwendig ist ein langfristig ausgerichteter – von der jeweiligen politischen Zusammensetzung der Bundesregierung unabhängiger – Konsens über die Aufgaben, Ziele und Grenzen der Arbeitsmarktpolitik.

II. Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes

Ein arbeitsmarktpolitisches Rahmenkonzept muss auf einer – zumindest die Grundtatbestände erfassenden – „Minimal“-Analyse von Ausgangsbedingungen und Entwicklungen am Arbeitsmarkt basieren, um schlüssig und nicht willkürlich Anforderungen und Standards für Problemlösungsstrategien zu bestimmen. Für eine – hier notwendig verkürzte – Analyse sind mindestens vier Essentials zu benennen:

1.) In der Bundesrepublik herrscht seit über 25 Jahren Massenarbeitslosigkeit, die in ihren Grundzügen maßgeblich eher auf Struktur- als auf Konjunkturprobleme zurückzuführen ist. Neben den tendenziell sinkenden Wachstumsraten in der Volkswirtschaft sind der Produktivitätsfortschritt sowie nicht zuletzt die Globalisierung von Geld- und Warenströmen bei internationaler Konkurrenz in die Erklärung einzubeziehen. Nachteilig betroffen sind davon vor allem jene Beschäftigungsmöglichkeiten mit nicht so hohen Anforderungen an die Einstiegsqualifikation. So ist die Arbeitslosigkeit nicht durch eine – wie auch immer geartete – Passivität der Arbeitslosen bedingt. Vielmehr muss gefragt werden, warum die Beschäftigungspolitik es bisher nicht vermocht hat, den Strukturwandel angemessen zu begleiten und die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, wie es in einigen europäischen Nachbarländern erfolgreich gelungen ist.

2.) Das aktuelle Arbeitsplatzdefizit in der Bundesrepublik beläuft sich auf ca. 5,8 Millionen Stellen (Angaben der Bundesanstalt für Arbeit zum Jahr 2001). Davon entfallen ca. 3,9 Millionen auf die registrierte Arbeitslosigkeit, der Rest findet sich in der verdeckten Arbeitslosigkeit (z.B. Personen in Maßnahmen, Alleinerziehende ohne Kinderbetreuung etc.). Prognosen gehen davon aus, dass trotz des demographisch bedingten Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung das Arbeitsplatzdefizit in den kommenden zehn Jahren noch weiterhin über

der Drei-Millionen-Marke verharren wird, zumal davon ausgegangen werden kann, dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen weiter ansteigen wird. Wesentlich für das Problem ist also nicht primär eine Mismatch-Situation, der über verbesserte Vermittlung oder über Gutscheine für private Makleragenturen beizukommen wäre, sondern eine eklatante Arbeitsplatzlücke.

3.) Kennzeichnend für die Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik ist allerdings auch eine extreme Disparität der regionalen Strukturbedingungen, ebenso wie eine Divergenz der jeweiligen Qualifikationsprofile am Stellenmarkt. Arbeits- und Ausbildungsplatzmangel führt beispielsweise zu regionalem Ausbluten in den neuen Bundesländern – eine Problemkonstellation, die sicherlich nicht typisch bspw. für ein Bundesland wie Baden-Württemberg ist. Angesichts steigender Anforderungen und ungenügender Aktivitäten im Bereich der Aus- und Weiterbildung könnte die deutsche Wirtschaft zukünftig mit einem Facharbeitermangel zu kämpfen haben. Außerdem kann erwartet werden, dass die Zahl schwervermittelbarer Arbeitskräfte weiter ansteigt, wenn nicht entschieden durch aktive Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik gegengesteuert wird. Allerdings ist etwa das Fehlen von IT-Fachleuten nicht durch die Umschulung von „freigesetzten“ Lageristen zu beheben. Arbeitsmarktpolitik kann deswegen nicht auf einen Königsweg (z.B. Vermittlung) „eingedampft“ werden. Vielmehr bedarf es eines jeweils regional spezifischen Instrumentenmixes, der je nach Bedarf eine bestimmte Gewichtung von Vermittlung, Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung umfasst.

4.) Der Eintritt von Arbeitslosigkeit scheint immer mehr zu einem durchaus



üblichen Risiko zu werden, das nicht als „Randgruppen-Problem“ passiver Bürger abgetan werden kann. Dies erfordert eine breite Solidargemeinschaft zur Abfederung der sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit sowie den besonderen Schutz und die gezielte Förderung für Personen, die nicht (mehr) in der Lage sind, aus eigener Kraft den Risikozonen dauerhafter Arbeitslosigkeit zu entkommen. Weil die gesetzlichen Versicherungen in ihrer bestehenden Konzeption einen sozialen Schutz nur unter bestimmten Bedingungen (vorherige sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit, ausreichend hohes Einkommen, begrenzte Dauer der Arbeitslosigkeit) garantieren, existieren derzeit Sicherungslücken, die zu schließen sind.

III. Beschäftigungspolitisch orientierte sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik

Mit Blick auf diese Situation ist aktive Arbeitsmarktpolitik als ein notwendiges politisches Instrument zur Bewältigung und zur sozial gerechten Gestaltung des Strukturwandels zu begreifen. Dies erfordert eine beschäftigungs- und sozialpolitische Flankierung des wirtschaftlichen Wandels, die einzelne Regionen oder benachteiligte Gruppen (z.B. Ältere, formal geringer Qualifizierte) nicht ihrem Schicksal überlässt, sondern Hilfe bietet. So verstanden dient Arbeitsmarktpolitik auf individueller Ebene dem Ziel, denjenigen, die – aus welchem Grund auch immer – unfreiwillig erwerbslos sind, eine politisch gewollte und verankerte Unterstützung anzubieten. Konkreter heißt das: Wer seinen Arbeitsplatz verliert, muss das Angebot bekommen, sich um- und weiterqualifizieren zu können, um sich auf einen neuen Erwerbsarbeitsplatz bewerben zu können. Dazu gehört neben der fachlichen Qualifizierung auch eine Vorbereitung auf die qualitativen Veränderungen der Arbeitswelt.

Auf struktureller Ebene dient eine so verstandene Arbeitsmarktpolitik dem Ziel, den Verlust an Erwerbsarbeitsplätzen zumindest teilweise zu kompensieren, indem befristet geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Mit noch so guter Arbeitsvermittlung alleine ist das bestehende Arbeitsmarktungleichgewicht nicht auszutariieren. Die öffentliche Beschäftigungspolitik ist zu verstärken, um den katastrophalen sozialen Folgen der fortwährenden Destruktion nicht nur des ostdeutschen Arbeitsmarktes, sondern auch westdeutscher Teilarbeitsmärkte mit sozialstaatlichen Interventionen zu begegnen.

Bei all dem muss die Qualität der Arbeit im Blickfeld bleiben. In ihrem Pilotprojekt Decent Work hat die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) Kriterien für anständige bzw. gute Arbeit entwickelt, die nachhaltig in die Arbeitsmarktpolitik zu integrieren sind. Hier

gilt es insbesondere die folgenden Gesichtspunkte zu beachten:

- Förderung von Beschäftigung, die einen menschenwürdigen Arbeitsplatz mit einer existenzsichernden Entlohnung garantiert
- Gewährleistung und Verbesserung des sozialen Schutzes im Arbeitsleben, einschließlich der Förderung von Interessensabstimmung und sozialem Dialog
- Absicherung der Rechte von abhängig Beschäftigten, insbesondere derer, die aufgrund von arbeitsmarktlichen Benachteiligungen in prekären Bewerber- bzw. Erwerbssituationen stehen.

Als Mitglied der ILO ist die Bundesrepublik im Sinne einer Selbstverpflichtung gehalten, ihre Arbeitsmarktpolitik an diesen ILO-Kriterien für anständige bzw. gute Arbeit auszurichten, und zwar auch im Hinblick auf die Beschäftigungsförderung und die daran geknüpften rechtlichen Bedingungen. Das grundgesetzlich geschützte Recht der Berufswahlfreiheit muss auch für die arbeitsmarktlich Ausgeschlossenen Geltung haben, für die eine qualifikationsgerechte Vermittlung gewährleistet werden muss. Eine weitere Verschärfung der bereits derzeit äußerst restriktiven Zumutbarkeitsregelungen oder der Zwang zu niedrig entlohnter Arbeit sind deshalb abzulehnen. Es wäre eine Überforderung der Arbeitsmarktpolitik, von ihr die Lösung der Probleme einer unzureichenden Beschäftigungspolitik zu erwarten. Sie kann Beschäftigungspolitik nicht ersetzen. Sie stellt jedoch ein unverzichtbares, eigenständiges Element in einem beschäftigungspolitischen Gesamtkonzept dar. Insofern muss es darum gehen, dass – im Sinne eines Rechtes auf Arbeit – alle Menschen dauerhaft die Möglichkeit bekommen, einer existenzsichernden Erwerbsarbeit nachzugehen, was für Frauen ebenso wie für die Jugendlichen und sicherlich nicht zuletzt auch für die Älteren gelten muss. Abschiebung in den Haushalt statt Erwerbsarbeit, Abschiebung in sinnlose Maßnahmen statt Ausbildung vor Ort oder auch Abschiebung in Frührente dienen zwar der Verschönerung der arbeitsmarktlichen Statistik, aber keineswegs den legitimen Interessen der Betroffenen an einer existenzsichernden Erwerbsarbeit. Die Arbeitsmarktpolitik muss einen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten, in dem sie insbesondere eine kontinuierliche Förderung des Arbeitskräftepotentials (im Sinne einer zukunftsfähigen Qualifizierung und des Erhaltes, der Wiederherstellung bzw. der Erweiterung der Beschäftigungsfähigkeit) ermöglicht, den Abbau der Arbeitslosigkeit durch Umverteilung bestehender Arbeit fördert, einen strukturpolitischen Beitrag zur Erweiterung des Erwerbsarbeitsvolumens sowie zur Realisierung von Chancengleichheit, Transparenz und Ordnung des Arbeitsmarktes leistet und schließlich den Lebensstandard im Falle von Arbeitslosigkeit sichern hilft.

Ein Buch für die Antikriegspropaganda

Rezension von Franz-Karl Hitz

Nach Angaben des Pentagon haben die USA seit Beginn des „Kreuzzuges für die Zivilisation“ in neun Ländern, die an Afghanistan grenzen, dreizehn neue Basen geschaffen. Durch diese Basen sollen die US-amerikanischen Streitkräfte befähigt werden, Ziele in der gesamten islamischen Welt anzugreifen, so William Arkin in der Los Angeles Times am 6. Januar 2002. Inzwischen ist Kasachstan dazu gekommen.

Allein in Zentralasien, in Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan und Kasachstan sind ca. zehntausend US- und Nato-Soldaten stationiert. In Usbekistan unterhält die Bundesluftwaffe einen Luftstützpunkt zur Versorgung der Bundeswehrkontingente in Kabul.

„Nach Abschluss des Afghanistankonfliktes werden wir Zentralasien nicht verlassen. Wir haben langfristige Pläne und Interessen in dieser Region ... und den Ländern wir Unterstützung gegeben ... Dies sollte niemanden überraschen, denn bereits die Clinton-Regierung hatte Zentralasien zu einer Zone vitaler US-Interessen erklärt; seit 1999 wir die Region militärisch vom US-Central Command ‚betreut‘, dessen bisheriger Zuständigkeitsbereich auf den Mittleren Osten begrenzt war.“ O-Ton: Elisabeth Jones, Staatssekretärin im US-Außenministerium.

Solche Notizen aus US-amerikanischen Medien könnten hundertfach fortgesetzt werden. Sie gehören zum Arsenal der zahlreichen Sach- und Hintergrundinformationen von Werner Biermann und Arno Klönne in ihrem neuesten Buch „Ein Kreuzzug für die Zivilisation?“ Das Fragezeichen ist gewollt. Die Autoren, zwei Soziologen der Universität Paderborn, untersuchen die Vorgeschichte und die Folgen des tragischen 11. Septembers in New York und Washington. Äußerst kritisch überprüfen sie, was sich hinter dem US-Kampf gegen den Terror und der „uneingeschränkten Solidarität Deutschlands mit den USA“ verbirgt. Hat Deutschland eigene Interessen in Afghanistan? Was hat speziell die US-amerikanische Strategie mit dem Terrorismus zu tun? Kommen im Afghanistankrieg geopolitische Ambitionen zum Zuge, die längst vorbereitet waren?

Das Buch ist eine originelle Fundgrube von Argumenten für eine wirksame Antikriegsopposition. Eine wertvolle Arbeit. Für die hat die Hunzinger AG keine Ausnahmehonorare gezahlt. Peter Struck, der neue Verteidigungsminister, sollte das Buch trotzdem lesen. Er kann nur lernen.

Werner Biermann, Arno Klönne, Ein Kreuzzug für die Zivilisation? PapyRossa Verlag Köln, 2002, br. 268 Seiten, 15,50 Euro. ISBN 3-89438-239-2

3.-11. August, bei Berlin: *Crossover Summercamp*, e-mail: summercamp@squat.net, snailmail: summercamp, c/o a6-laden, adalbertstr.6, 10999 berlin, germany

16.-24. August, Hamburg: *Schill-Out-days / Land In Sicht Camp*. Kontakt: kontakt_lis@nadir.org

17. August bis 21. September: Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen“ beginnt in Bremen und endet am Abend der Bundestagswahl in Berlin. In verschiede-



nen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland werden wir versuchen, die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften zu stärken, die Zusammenarbeit unter den Flüchtlingsorganisationen intensivieren und Unterstützung für von Flüchtlingen organisierten Widerstand geben. Die Tour soll auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen, die sich meist in Wäldern oder abgelegenen Gegenden befinden, in die Öffentlichkeit bringen. Gleichzeitig wollen wir die Folgen des herrschenden Krieges herausheben, indem wir ihn in Bezug zu den Kriegen setzen, die uns zwingen, unsere Heimat zu verlassen. Wir laden Euch alle ein, mit uns gemeinsam für eine Bewegung für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen aufzustehen! Bremer Koordinierungsbüro: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Münchener Straße 17, 28215 Bremen, Tel.: (0421) 5577093, Fax: (0421) 5577094, mail@humanrights.de, <http://www.humanrights.de>.

30. August bis 1. September: *Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“*. Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworkshop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com



1. September, bundesweit: *Antikriegstag*

6./7. September, Bochum: Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: *Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges*, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

14. September, Köln: *Her mit dem schönen Leben – eine ande-*

re Welt ist möglich! Aktionstag+Demo der Jugendorganisationen von ver.di, IGM, IG BAU, Transnet, NGG sowie Attac. Infos unter www.attac-netzwerk.de

22. September: Bundestagswahl; Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

3. Oktober, Fulda: Arbeitsausschuss des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaft. 11.00 Uhr. Tagesordnung folgt

11.-12. Oktober, Marburg: *Euro-Kapitalismus und Dritter Weg*. Universität Marburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Wilhelm-Röpke-Str. 6 B, Veranstaltung von WISSEN-Transfer und der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft, u.a. mit Hans-Jürgen Bieling (Marburg), John Grahl (London), Jörg Huffs chmid (Bremen), Kees van der Peijl (Amsterdam/Lancaster), Leo Panitch (Toronto), Frank Deppe (Marburg), Infos/Anmeldung: www.wissenttransfer.info buero@wissenttransfer.info

12./13. Oktober 2002, Gera: *PDS-Parteitag*. Die 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS findet am Samstag, den 12. Oktober, und am Sonntag, den 13. Oktober 2002, in Gera statt. Tagesordnung u.a.: Die Aufgaben der PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundesschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevisionskommission der PDS und der Statutenkommission.

18. Oktober, Niedersachsen: *Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne*

10.-11. November, Hannover: *CDU-Bundesparteitag*, Wahl des neuen Bundesvorstandes

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT

BRUTAL

BAYER-Werkschutz gegen Gen-Kritik

STICHWORT BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.

Konkret, spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 333940

e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...